



BERLIN DEPESCHE

Zeitung für den Bundestagswahlkreis Köln I (Porz, Kalk, nördliche Innenstadt)

15. JAHRGANG • NR. 100

Oktober 2016

ZUR 100. AUSGABE

- 2 Editorial
- 3 Glückwünsche
- 4 Gastbeiträge

WAHLKREIS

- 14 Sommertour 2016
- 17 Herbstempfang im Bürgerbüro Porz

KÖLN

- 18 Fraktion vor Ort: Die Welt im Krisenmodus
- 18 Besuch beim Kölner Stadt-Anzeiger
- 19 FES-Veranstaltungen zu Medien und SPD
- 20 Bund fördert Musikfestival c/o pop
- 21 Diskussion beim WDR mit Frank Plasberg
- 22 Kölner Einblicke mit André Stinka

SPD

- 23 NRW-Landesparteitag

BUNDESTAG

- 24 CETA - Freihandelsabkommen mit Kanada
- 26 Klausurtagung der SPD-Bundestagsfraktion
- 27 #Kreativpakt – eine erste Bilanz
- 28 Bundesteilhabegesetz
- 30 Missbrauch von Leiharbeit bekämpfen
- 31 Projekt Zukunft #NeueGerechtigkeit
- 32 Reform der Medienordnung
- 34 Journalismus stärken

INFOS UND IMPRESSUM

- 36 Arbeitsschwerpunkte, Büros, Impressum, Sitzungswochen 2016

Homepageausgabe • Redaktionsschluss: 26.9.2016

100. Ausgabe der Berlin Depesche



mit vielen Gastbeiträgen zum Jubiläum

Herausgeber: Martin Dörmann, MdB

SPD
BUNDESTAGS
FRAKTION

Editorial

Liebe Leserinnen und Leser,

dies ist die **100. Ausgabe der Berlin Depesche!** Meine Wahlkreiszeitung gebe ich heraus, seit ich Mitglied im Deutschen Bundestag bin. Sie informiert über aktuelle bundespolitische Themen und gibt Einblicke in meine vielfältige Tätigkeit als Abgeordneter in Köln und Berlin.

Ich freue mich sehr, dass zu dieser Jubiläumsausgabe führende Repräsentanten der Sozialdemokratie **Glückwünsche** übermittelt und **Gastbeiträge** geschrieben haben. Sie gehen auf unterschiedliche Facetten der aktuellen Debatten ein.

Wir leben wahrlich in bewegten Zeiten. Zukunftsängste verunsichern viele, insbesondere im Hinblick auf Globalisierung, Ungleichheiten, Terrorismus, internationale Krisen und Flüchtlinge. Fragen oder Sorgen sind vielfach nachvollziehbar - die Antworten dürfen wir aber nicht den Rechtspopulisten überlassen. Denen müssen wir uns entgegenstellen. Dazu gehört eine Politik, die sozialen Zusammenhalt und internationale Zusammenarbeit stärkt und die Lebenssituation der Menschen verbessert.

Martin Schulz wendet sich gegen Nationalismus, Vereinfacher und Spalter. Populisten hätten für alles einen Sündenbock, aber für nichts eine Lösung. Mehr denn je bräuchten wir ein vielfältiges, weltoffenes Europa und solidarisches Handeln.

Barbara Hendricks hält ein leidenschaftliches Plädoyer für eine Wohnungsbauoffensive, um mehr preiswerten Wohnraum zu schaffen. Sie verweist auf das, was die SPD bereits in die Wege geleitet hat: deutlich mehr Mittel für das Programm „Soziale Stadt“ und den sozialen Wohnungsbau. Sie will nachlegen und fordert eine eigene Zuständigkeit des Bundes im Grundgesetz.

Frank-Walter Steinmeier beschreibt das gewachsene Gewicht Deutschlands in der Welt und die Bereitschaft, zusammen mit den Partnern Führungsverantwortung zu übernehmen. Er sieht einen dreifachen Fokus: eine aktive und engagierte Friedenspolitik, vor allem mit diplomatischen Mitteln. Einen wachen Blick für die größeren Zukunftsfragen der internationalen Ordnung, etwa im Rahmen einer neuen Rüstungskontrollinitiative. Und schließlich – und alles überragend – ein geeintes, starkes Europa. Die EU sei und bleibe der entscheidende Bezugsrahmen deutscher Außenpolitik.



Katarina Barley will, dass Deutschland ein weltoffenes Land bleibt. Gerade angesichts der Herausforderungen gelte es, den Zusammenhalt zu stärken, allen Menschen ein sicheres Leben zu garantieren und unsere Demokratie zu verteidigen. Dafür stehe keine Partei so sehr wie die SPD.

Heiko Maas sieht Rechtspolitik als Gesellschaftspolitik. Er verweist auf bereits erzielte Erfolge für mehr Gerechtigkeit und Selbstbestimmung – vom Bestellerprinzip für Maklerkosten und die Mietpreisbremse bis zur EU-Datenschutz-Grundverordnung. Und er beschreibt, was in den nächsten Monaten noch ansteht. Zugleich betont er: vor Terror müssen wir uns schützen, ohne unsere rechtsstaatlichen Prinzipien aufzugeben.

Andrea Nahles beschreibt die Chancen und Herausforderungen der Digitalisierung im Bereich Arbeit. Wir müssten sicherstellen, dass die bereits bestehende Spaltung unserer Gesellschaft in Gewinner und Verlierer der Globalisierung nicht vertieft werde. Aufgabe kluger Politik sei es, die Menschen zu befähigen. Deshalb plädiere sie für ein Recht auf Weiterbildung der Beschäftigten.

Hannelore Kraft geht in ihrem Beitrag auf das Lebensgefühl der Menschen in NRW ein. Der gesellschaftliche Zusammenhalt sei ein zentrales Anliegen sozialdemokratischer Politik. Gegen Hass und Gewalt wolle NRW gegensteuern. Deshalb gebe es im November eine „Woche des Respekts“ mit vielen Aktionen.

Olaf Scholz beleuchtet die mediale Verantwortung für die Gesellschaft. Medien müssten gesellschaftliche Diskurse ermöglichen, sollten dabei den Wert von Kompromissen hervorheben und kampagnenhafter Zuspitzung widerstehen. Zur Verantwortung gehöre, dass sich Journalisten einmischen und das Gespräch suchen.

Thomas Oppermann legt dar, warum wir ein Einwanderungsgesetz brauchen: nämlich um Zuwanderung besser steuern zu können. Und schließlich beschreibt **Sigmar Gabriel** sozialdemokratische Antworten auf die Krisen dieser Zeit und die Verunsicherung der Menschen. Im Kern geht es um Solidarität, Fortschritt und Gerechtigkeit.

Ich danke allen für ihre wertvollen Gedanken und wünsche eine spannende Lektüre!

Herzlichst

Glückwünsche

Rolf Mützenich



Lieber Martin, die allerherzlichsten Glückwünsche zur 100. Ausgabe Deiner Berlin Depesche als Begleiter und Spiegel interessanter, aber auch schwieriger Jahre und Entscheidungen. Ich bin froh, dass wir für die Kölner SPD in den letzten 14 Jahren gemeinsam in Berlin arbeiten durften und dabei einiges bewegen und erreichen konnten.

Elfi Scho-Antwerpes

Lieber Martin! Von Herzen gratuliere ich Dir zur 100. Ausgabe der Berlin Depesche. Hundert Mal ist deutlich geworden, wie sehr du dich in Berlin für unser Köln einsetzt. Du bist thematisch breit aufgestellt und leistest einen wichtigen Beitrag für die Bürgerinnen und Bürger unserer Heimatstadt. Ich bin sicher, dass wir auch in den kommenden hundert Ausgaben Spannendes zu lesen bekommen. Darauf freue ich mich!



Karl Lauterbach



Lieber Martin, ich gratuliere Dir herzlich zur hundertsten Ausgabe Deiner Berlin Depesche. Für die Kölner Bürgerinnen und Bürger ist dies eine unverzichtbare Informationsquelle, da Du weit über die Bereiche Kultur und Medien hinaus komplexe politische Themen gut verständlich vermittelst. Es ist mir eine große Freude, auch weiterhin mit Dir für Köln in Berlin Politik zu gestalten.

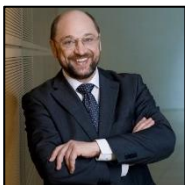
Andrea Nahles

Lieber Martin, man sieht auch Deiner 100. Depesche aus Berlin trotz seiner runden 14 Jahre an, dass du mit Herzblut schreibst und dein Ohr ganz nah an den Medien und Kulturschaffenden unseres Landes hast. Gut, dass wir dich als ausgewiesenen Fachmann für Kultur und Medien haben. Und wir kämpfen weiter gemeinsam für die Verlängerung der Rahmenfrist für kurzfristig kulturell Beschäftigte in der Arbeitslosenversicherung!



Martin Schulz

Lieber Martin, ich wünsche Dir als meinem Freund alles Gute für Deine weitere Arbeit. Du bist in Deinem Wahlkreis und in Berlin ein wichtiger Garant dafür, dass soziale Demokratie eine starke Stimme hat.



Sigmar Gabriel



Lieber Martin, herzlichen Glückwunsch zur 100. Ausgabe der „Berlin Depesche“, dem kurzen Draht zwischen Spree und Rhein. Ein stolzes Jubiläum! Mit Deiner erfolgreichen Wahlkreiszeitung setzt Du eine ganz wichtige sozialdemokratische Tugend um: Sagen, was man tut und tun, was man sagt! Bei Dir sind die Kölner Interessen und die sozialdemokratische Kultur- und Medienpolitik in guten Händen!

Katarina Barley

Lieber Martin, herzlichen Glückwunsch zu Deiner 100. Depesche! Diese Beständigkeit ist ein Beweis unter vielen dafür, wie sehr Du Dich für Deinen Wahlkreis im Bundestag engagierst. Die wenigsten werden wissen, dass wir so einiges gemeinsam haben. Wir waren in Köln auf demselben Gymnasium und teilen die Leidenschaft für Kultur. Nicht zuletzt für die römische Kulturgeschichte. Und so bin ich Dir sehr dankbar, dass Du mit Deinem Einsatz als kulturpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion die alte Römerstadt Trier dabei unterstützt, im Jahr 2018 den 200. Geburtstag von Karl Marx ordentlich feiern zu können. Und so fügt sich dank Deiner Hilfe vieles zusammen, was uns beiden lieb ist: Köln, Trier, die alten Römer und die Sozialdemokratie.



Heiko Maas

Lieber Martin, in Berlin bist Du als Kulturpolitiker für mich ein wichtiger Partner, wenn es um ein modernes Urheberrecht geht, das Kreativen einen fairen Anteil an den Erträgen ihrer Werke sichert. Der Erfolg Deiner „Berliner Depesche“ zeigt, dass Du in Köln genauso engagiert bist. Herzlichen Glückwunsch zur 100. Ausgabe!



Hannelore Kraft

Lieber Martin, mit Deiner „Berlin Depesche“ bringst Du seit 14 Jahren Meinungen und Meldungen aus Köln in die Hauptstadt und umgekehrt. Du bist immer am Puls der Zeit. Als Berichterstatter für digitale Infrastruktur in der Bundestagsfraktion kämpfst Du mit Leidenschaft für schnelles Internet. Gleichzeitig nimmst Du Dir aber auch die notwendige Zeit, die wichtigen Dinge außerhalb der digitalen Welt mutig anzupacken - das zeichnet Dich und Deine Zeitung aus! Herzlichen Glückwunsch zur 100. Ausgabe!



Eine Welt aus den Fugen

Von Martin Schulz

Vielen erscheint es so, als wäre die Welt aus den Fugen geraten. Die Zeitungen sind voll mit Berichten über die Flüchtlingskrise, Europakrise, dem Erstarken des Rechtspopulismus und den vielen internationalen Konflikten um uns herum. Seit Monaten bekommen wir im Stakkato-Takt die Bilder und Berichte von Flüchtlingen gezeigt und atemlos diskutieren wir Maßnahmen, wie wir diese Herausforderung bewältigen können.

Auch wenn vieles an den Berichten richtig ist, erschreckt mich diese teilweise apokalyptische Berichterstattung über das Jetzt. Sie scheint mir manchmal einer Mode geschuldet, die sich in einen Überbietungswettbewerb begeben hat, wer einen noch pessimistischeren Anstrich malt.

Meine Befürchtung: Übersehen wir bei dieser Kakophonie der Untergangs-Szenarien nicht etwas Entscheidende? Denn vor über 60 Jahren haben wir begonnen, eine neue, ja eine bessere Welt zu bauen. Auf den Ruinen vieler europäischer Städte und im Angesicht des furchtbarsten Verbrechens, das in der Menschheitsgeschichte je verübt wurde, haben wir angefangen, Gräben zu überwinden und Lehren aus der Geschichte zu ziehen. Mit der europäischen Einigung gelingt es doch erstmals, eine transnationale Demokratie aufzubauen, die auf den Werten Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit basiert und die den Menschen ein besseres Leben in Stabilität und sozialer Sicherheit verspricht. Natürlich gibt es noch unendlich viele Ungerechtigkeiten und soziale Verwerfungen, die gerade für Sozialdemokraten völlig unakzeptabel sind. Deshalb machen wir Politik,

um die Dinge besser zu machen. Aber es ist doch geradezu absurd, wenn manche angesichts der Herausforderungen des 21. Jahrhunderts glauben, jetzt sei die große Stunde der Nationalstaaten gekommen. Dieser neue Nationalismus artikuliert sich immer lauter und hemmungsloser. Das erfüllt mich mit tiefer Sorge. Denn hier gerät etwas aus den Fugen, dem wir uns mit all unserer Kraft entgegen stellen müssen.

Viel zu lange haben wir den großen Vereinfachern und Spaltern, jenen, die unsere Gesellschaft rückabwickeln wollen und die Hass und Intoleranz predigen, das Feld überlassen. Wir müssen nun noch lauter und deutlicher sagen, dass die Populisten für alles einen Sündenbock haben, aber für nichts eine Lösung und dass ihre Politik der Ausgrenzung, der Abschottung und des Aufeinanderhetzens Europa schon einmal in die Katastrophe geführt hat.

Ich bin fest davon überzeugt, dass wir ein kreatives, vielfältiges, vielseitiges und weltoffenes Europa in einer globalisierten Welt mehr

denn je brauchen, um unser demokratisches, soziales und freies Gesellschaftsmodell zu bewahren. Wenn wir uns unterhaken, wenn wir solidarisch handeln, dann können und werden wir die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts meistern.



Martin Schulz ist Präsident des Europäischen Parlaments



Thomas Oppermann

Lieber Martin, mit Deiner Wahlkreiszeitung klärst Du nun schon seit vier Legislaturperioden über Deine Arbeit in Berlin auf. Du berichtest über politische Hintergründe und setzt neue Impulse im öffentlichen Diskurs. Wir wissen: Nur mit Transparenz und klaren Botschaften kann gute Politik gelingen. Darum gratuliere ich Dir ganz herzlich zu der 100. Ausgabe der „Berliner Depesche“ und freue mich, dass Du diese Tradition auch in Zukunft pflegen wirst.

Wir brauchen eine Wohnungsbauoffensive!

Von Barbara Hendricks

Es ist nicht lange her, da hielten wir unsere Städte – mehr oder weniger – für gebaut. Wir haben über Stadtflucht gesprochen, das Einfamilienhaus im Grünen und Wohnungsleerstand in den Städten. Das ist heute anders. Viele Großstädte erleben einen neuen Boom. Die Menschen sind angezogen von ihrem Flair, ihrem kulturellen Angebot und ihrer guten Infrastruktur. Das hat erhebliche Folgen. In Köln sind die Mieten im Zeitraum von 2011 bis 2015 durchschnittlich um 6 Prozent gestiegen. Dort müssen Mieterinnen und Mieter im Durchschnitt mittlerweile über 9,50 Euro pro Quadratmeter bezahlen. Vielen Haushalten wachsen die steigenden Mieten über den Kopf. Deshalb haben wir das Wohngeld in diesem Jahr erhöht. Davon haben insgesamt 800.000 Haushalte profitiert. Wir haben mit dem Grundsatz „Wer bestellt, der zahlt“ durchgesetzt, dass Mieter nicht mehr den Wohnungsmakler des Vermieters mitbezahlen müssen. Und wir haben die Mietpreisbremse eingeführt.

Schon seit einigen Jahren wird der Wohnraum in vielen Städten knapp.

Die geflüchteten Menschen werden den Bedarf an neuen Wohnungen noch einmal erhöhen. Ein großer Teil dieser Menschen wird auf Dauer bei uns bleiben. Für die SPD ist klar: Der Staat muss sich um gute Rahmenbedingungen kümmern, damit Integration gelingen kann. Das heißt auch: Wir brauchen guten und bezahlbaren Wohnraum – für alle Menschen, die in Deutschland leben. Und wir müssen die Nachbarschaften und Quartiere stärken, Integrationsangebote schaffen und Netzwerke der Solidarität unterstützen.

Dringender denn je benötigen wir eine Renaissance des sozialen Wohnungsbaus, damit auch diejenigen eine Wohnung finden, die die Mietsteigerungen auf dem privaten Markt finanziell überfordern. Zum Beispiel junge Familien, Alleinerziehende oder Rentner. Städte leben von der Vielfalt an Biographien und Zukunftsentwürfen. Wir wollen keine Ghettoisierung, weder am oberen noch am unteren Ende der Einkommensskala. Darum haben wir die Mittel für den

sozialen Wohnungsbau ab 2017 auf 1,5 Mrd. Euro verdreifacht.

Wir müssen aber noch einen Schritt weitergehen. Damit in Zukunft wieder mehr Sozialwohnungen gebaut werden können, möchte ich erreichen, dass der Bund im Grundgesetz eine eigene Zuständigkeit beim sozialen Wohnungsbau erhält. Damit könnte er die Bundesländer bei dieser Aufgabe besser unterstützen.

Alle Baumaßnahmen werden jedoch nur erfolgreich sein, wenn wir gleichzeitig in die soziale Stadtentwicklung investieren. Städte sind nicht nur Klinker und Beton. Sie sind ein Spiegel der Gesellschaft. Damit sich benachteiligte Stadtviertel positiv entwickeln können, müssen wir die Menschen, die dort leben, unterstützen. Wir werden deshalb das Programm „Soziale Stadt“ weiter deutlich stärken und die Bundesmittel auf gut 200 Mio. Euro in 2017 gegenüber der letzten Legislaturperiode verfünffachen. Damit fördern wir zum Beispiel die Familienfreundlichkeit im Quartier, indem wir Spielplätze bauen und für Verkehrsberuhigung sorgen.



Zusätzlich werden wir mehr Geld in die Hand nehmen, um die Orte besser auszustatten, an denen Integration im Alltag stattfindet. Zum Beispiel Kitas, Schulen, Bürgerhäuser oder Stadtteilzentren. 200 Millionen Euro jährlich sollen für diesen „Investitionspakt soziale Integration im Quartier“ zur Verfügung stehen.

Auch wenn die Engpässe auf vielen Wohnungsmärkten noch nicht überwunden sind, hat die SPD in der Bundesregierung und Bundestag seit 2013 eine Menge erreicht. Es macht für den Alltag vieler Menschen einen spürbaren Unterschied, wenn die SPD regiert.

Barbara Hendricks ist Bundesministerin für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit



Eva Högl

Lieber Martin, Dir habe ich es zu verdanken, dass mir Kulturpolitik viel Freude macht. Du leitest unsere Arbeitsgruppe Kultur und Medien äußerst sachkundig, engagiert und mit viel Herz. Ich danke Dir für die hervorragende Zusammenarbeit und wünsche Dir alles Gute und viel Erfolg - für Köln, in Berlin und für die nächsten 100 Depeschen!

Orientierung geben, Ordnung gestalten

Von Frank-Walter Steinmeier

Wir leben in unruhigen Zeiten. Die Gleichzeitigkeit der Krisen in Syrien, der Ukraine, Libyen, Jemen und anderswo macht uns atem- und bisweilen auch ratlos. Unruhig sind die Zeiten aber auch in Europa selbst: Mit dem bitteren Ausgang des britischen Referendums über den Verbleib in der EU ist das lange Zeit Unvorstellbare Wirklichkeit geworden. Gleichzeitig erleben wir den Aufwind alter Nationalismen, die unseren Zusammenhalt auf eine harte Probe stellen.

Deutschlands politisches Gewicht ist in den zurückliegenden Jahren gewachsen. Unser Land ist zu einem gefragten Partner bei der Gestaltung der internationalen Beziehungen geworden. Wir sind bereit, in Europa und darüber hinaus gemeinsam mit unseren Partnern Führungsverantwortung zu übernehmen und aktiv einen stärkeren Beitrag zur Lösung regionaler und globaler Sicherheitsprobleme zu leisten und zwar mit einem dreifachen Fokus:

Erstens eine aktive und engagierte Krisenpolitik. Mit viel diplomatischem Einsatz helfen wir mit, politische Lösungen für schwelende oder akute Konflikte zu finden. Das ist mit Blick auf das iranische Atomprogramm oder auch jüngst in Kolumbien gelungen. Anderswo, etwa in der Ukraine und in Syrien, liegt noch ein langer Weg vor uns. Auch hier setzen wir uns mit Nachdruck für diplomatische Lösungen ein, um militärische Eskalation zu verhindern. Dafür greifen wir auf vielfältige Instrumente zurück - von der humanitären Hilfe über die Krisenprävention und die Stabilisierung in Konfliktsituationen, hin zu konkreter Unterstützung in Verhandlungsführung, Mediation oder auch Ausstattungshilfe etwa für die Grenzsicherung.

Zweitens brauchen wir einen wachen Blick für die größeren Zukunftsfragen der internationalen Ordnung jenseits der Atemlosigkeit der Krisendiplomatie. Wir müssen uns die Zeit nehmen, an kreativen und konkreten Ansätzen zu arbeiten, um die internationale Ordnung langfristig zu stärken und gegebenenfalls auch neu auszurichten. Aus dieser Motivation heraus haben wir 2016 den Vorsitz der OSZE übernommen und dafür gearbeitet, ihre Rolle in der Sicherung des Friedens und der Kooperation in Europa zu stärken. Aus der gleichen Motivation habe

ich auch eine neue Rüstungskontrollinitiative angestoßen. Gerade jetzt kann weder Russland noch dem Westen daran gelegen sein, sich in einem neuen Wettrüsten aufzureiben. Dabei bauen wir auf die Erfahrungen sozialdemokratischer Entspannungspolitik. Damals haben wir gezeigt, dass man selbst über tiefe Gräben hinweg Brücken bauen kann. Ob das gelingt, ist ungewiss. Aber es schon deshalb nicht zu versuchen, ist verantwortungslos.

Drittens - und alles überragend - brauchen wir ein geeintes, starkes Europa - gerade jetzt nach dem Erdbeben des Brexit. Die Europäische Union ist und bleibt der entscheidende Bezugsrahmen deutscher Außenpolitik. Denn mit diesem Europa steht und fällt unsere Chance, gestaltend auf die globale Ordnung Einfluss zu nehmen. Die EU muss handlungsfähig sein in den entscheidenden Fragen unserer Zeit: Bei Sicherheit und Außenpolitik, beim Umgang mit den Herausforderungen und Chancen von Flucht und Migration, und in Wirtschafts-, Wachstums- und Währungsfragen. Wir wollen eine „flexiblere Union“, die sich der großen Fragen wirkungsvoll annimmt, die aber nicht jeden Mitgliedstaat auf jeden weiteren Schritt gemeinsamen Handelns



verpflichtet.

Willy Brandt hat einmal gesagt: „Von deutschem Boden darf kein Krieg mehr ausgehen!“ Dieser Satz hat eine ganze Generation geprägt, auch mich persönlich. Der Satz bleibt richtig - aber ich fürchte, er darf uns heute nicht genug sein. Ja, von deutschem Boden darf kein Krieg ausgehen. Aber in diesen unfriedlichen Zeiten muss von deutschem Boden eben auch die schwierige, mühsame Arbeit für den Frieden ausgehen. Von Deutschland müssen Impulse ausgehen, wie eine aus den Fugen geratene Welt zu Elementen von neuer Ordnung finden kann. Und von Deutschland sollte das Signal und die Hoffnung ausgehen, dass man diese Welt gestalten kann, und sogar: dass man mit Geduld und der Bereitschaft, auf andere zuzugehen, diese Welt ein Stückchen friedlicher und ein Stückchen gerechter machen kann.

Frank-Walter Steinmeier ist Bundesaußenminister

Deutschland steht jeden Tag vor der Wahl

Von Katarina Barley

Ein Rückblick: Berlin-Wahlkampf 2016. In der Stadt Willy Brandts kämpfen Genossinnen und Genossen für Weltoffenheit und ein tolerantes Berlin. Der Regierende Bürgermeister Michael Müller stellt sich offenen Aggressionen auf Wahlkampfveranstaltungen. Er und die SPD beziehen Stellung gegen Ausgrenzung und Rassismus. „Berlin bleibt weltoffen“, ist die zentrale Botschaft. Berlin wehrt sich gegen rechtspopulistische Brandstifter und kämpft dafür, sein freundliches Gesicht zu behalten. Mit dabei sind Künstler, Schauspieler, Kulturschaffende. Joko und Klaas, Clemens Schick und die Jungs von The Boss Hoss klären über die menschenfeindlichen und rassistischen Positionen der AfD auf und fragen: „Willst Du das, Berlin?“

Dieses Engagement ist ein wichtiger Beitrag. Nicht nur für die SPD, sondern für unsere Demokratie, für unsere Gesellschaft, denn in diesen unruhigen Zeiten muss sich nicht nur in Berlin, sondern in ganz Deutschland beweisen, wie gut der Zusammenhalt demokratischer Kräfte funktioniert. Diese Aufgabe an das demokratische Deutschland stellt sich in Köln genauso wie in Berlin, München oder Hamburg.

Die SPD stellt sich überall im Land der Konfrontation mit Rechtspopulisten. Mit Argumenten, mit Sachlichkeit und einem klaren Bekenntnis zu Weltoffenheit und Freiheit. Denn dafür haben Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten immer gekämpft. Nichts wünschen sich die Menschen mehr als den Zusammenhalt in der Gesellschaft. Und dass denen geholfen wird, die Hilfe benötigen und dass Menschen aufeinander Rücksicht nehmen und sich stützen in einer sich immer schneller drehenden globalisierten Welt, dass alle in unserer Gesellschaft die gleichen Chancen haben und es gerecht zugeht.

Denn wir leben in einer Zeit großer Veränderungen, erleben rasanten technologischen Fortschritt, erleben viele internationale Krisenherde und spüren diese Auswirkungen auch bei uns. Die Arbeitswelt verändert sich. Viele Menschen machen sich außerdem Sorgen, weil sie das Gefühl haben, dass die Ungleichheit zunimmt, dass das Aufstiegsversprechen nicht mehr eingelöst wird.

Die SPD ist die einzige Partei, die auf diese Herausforderungen die richtigen Antworten parat hat: Der Mindestlohn, die Mietpreisbremse, das Elterngeld-Plus und die Rente nach 45 Beitragsjahren gehören zu den Punkten, die wir schon abhaken konnten. Alles nach harten Auseinandersetzungen mit der Union. Lohngerechtigkeit, Rentenangleichung Ost/West und eine bessere Unterstützung von Alleinerziehenden sind weitere Antworten, die wir noch in dieser Wahlperiode in Gesetze gießen werden. Die SPD ist die einzige Partei, die Fortschritt, soziale Gerechtigkeit und Freiheit vereinen kann.



Ich will, dass Deutschland ein welt-offenes Land bleibt. Ein Land, in dem die Vernunft regiert und nicht der Hass. Ein Land, das keine Unterschiede macht, welche Wurzeln oder Religionen seine Kinder haben. Das „Land der guten Nachbarn“ – nicht nur nach außen, sondern auch im Innern – werden wir gegen Rechtspopulisten und Rechtsextremisten verteidigen. Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten waren schon immer sehr sensibel für solche Entwicklungen und wir waren es immer, die dafür gesorgt haben, dass alle Menschen vom Wohlstand in diesem Land profitieren können.

Die Menschen erwarten von der SPD im besten Sinne Orientierung für die Zukunft. Den Zusammenhalt stärken, allen Menschen ein sicheres Leben garantieren und unsere Demokratie verteidigen. Das sind die drei Säulen, auf denen das sozialdemokratische Deutschland steht. An diesem Haus zu bauen, es in Stand und modern zu halten, ist nicht allein Aufgabe der SPD. Es ist die Aufgabe aller zivilgesellschaftlichen Akteure, Vereine, Gewerkschaften, Sozialverbände und der Wirtschaft mit Mut und Zivilcourage für Zusammenhalt, Gerechtigkeit, gegen Hass und Hetze und für unsere Demokratie einzustehen. Deutschland steht nicht erst 2017, sondern schon heute jeden Tag vor der Wahl. Die SPD steht für Gerechtigkeit und Weltoffenheit.

Katarina Barley ist Generalsekretärin der SPD



Olaf Scholz:

Lieber Martin, zur 100. Ausgabe der Berlin Depesche gratuliere ich Dir herzlich. Es zeigt die Beständigkeit, mit der Du die Bürgerinnen und Bürger Deines Bundestagswahlkreises in Köln über die Ziele und Erfolge sozialdemokratischer Politik informierst. Ich wünsche allen Leserinnen und Lesern eine angenehme Lektüre der Jubiläumsausgabe.

Rechts- und Verbraucherpolitik für eine moderne Gesellschaft

Von Heiko Maas

Als in den 1960er Jahren das Wort von der „Rechtspolitik“ aufkam, formulierte mein damaliger Amtsvorgänger Gustav Heinemann sein politisches Credo: „Das Recht ist auch ein Instrument, den Ablauf des Soziallebens zu beeinflussen und zu lenken. Als eine normative Ordnung ... bietet es die Chance, die soziale Wirklichkeit zu formen und zu steuern.“ Ich teile dieses Amtsverständnis. Ich bin nicht der Notar der Bundesregierung, sondern habe den Anspruch, Gesellschaftspolitik zu machen – und das haben wir an wichtigen Punkten bereits getan.

Mehr Gerechtigkeit haben das Bestellerprinzip für Maklerkosten und die Mietpreisbremse geschaffen. Die eigenen vier Wände sind für jeden von uns zu wichtig, um sie den Launen der Märkte zu überlassen. Es war nicht gerecht, dass Mieter regelmäßig Makler bezahlen mussten, die sie gar nicht beauftragt hatten. Das haben wir geändert. Und bei der Wiedervermietung einer Wohnung darf die Miete nur noch auf 10 % über die ortsübliche Vergleichsmiete angehoben werden. Darauf können sich Mieter berufen; wie wir ihnen dabei helfen können, dieses Recht noch besser geltend zu machen, prüfen wir gerade.

Mehr Gleichberechtigung schafft die Frauenquote für Aufsichtsräte an. Die Chefetagen der deutschen Wirtschaft waren viel zu lange frauenfreie Zonen. Freiwillige Maßnahmen haben nichts gebracht. Die Zeit der Appelle ist vorbei, wir haben ernst gemacht mit dem Verfassungsauftrag des Grundgesetzes, wonach der Staat „die tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung“ fördert. Mehr weibliche Aufsichtsräte werden eine Sogwirkung entfalten, das Klima in den Unternehmen verändern und dazu führen, dass Frauen auf allen Ebenen stärker gefördert werden.

Mehr Fairness sichert das Anti-Doping-Gesetz. Ein Leistungssportler, der dopt, macht sich jetzt strafbar. Das ist eine Kampfansage an Doper und ein Bekenntnis zum sauberen Sport. Außerdem stärken wir damit das Recht, denn dem Millionenbetrug im Lichte der Scheinwerfer dürfen wir nicht einfach tatenlos zusehen.

Mehr Selbstbestimmung haben wir durch die neue EU-Datenschutz-Grundverordnung erreicht. Grundsätzlich gilt: Nur wenn der Betroffenen einwilligt, dürfen persönliche Daten genutzt werden. Das stärkt

die Datensouveränität aller Verbraucherinnen und Verbraucher – und das gilt für alle Unternehmen, die in Europa wirtschaftlich tätig sein – egal, wo ihre Server stehen oder sie ihren Firmensitz haben.

Der islamistische Terrorismus, die Gewalt gegen Flüchtlinge und der anschwellende Rechtspopulismus fordern derzeit unsere Gesellschaft heraus. Vor dem Terror müssen wir uns schützen, ohne dabei unsere rechtsstaatlichen Prinzipien preiszugeben. Und wir müssen dem Hass widerstehen, den Islamisten und Rechtspopulisten gleichermaßen verbreiten. Wer Hass sät und Menschen wegen ihrer Hautfarbe, Religion oder Herkunft abwertet, wird immer auf meinen entschiedenen Widerstand stoßen. Wir können in der Demokratie über alles streiten, auch über die richtige Flüchtlingspolitik – aber eines steht für mich niemals zur Debatte: die Würde des Menschen.

Über diesen grundlegenden Herausforderungen unseres Rechtsstaates vergessen wir nicht das Tagesgeschäft. Im Gegenteil, wir haben bis zur nächsten Bundestagswahl noch viel vor: Wir wollen die Vermögensabschöpfung erleichtern, um Geld aus kriminellen Machenschaften leichter einzuziehen. Wir wollen Frauen und Kinder vor Menschenhandel und Zwangsprostitution besser schützen. Straftaten, die aus Unternehmen heraus begangen werden, wollen wir noch wirksamer ahnden. Und Homosexuelle, die aufgrund des berüchtigten § 175 einst verurteilt wurden, wollen wir endlich rehabilitieren. Rund 50.000 Männern sind bis 1969 wegen ihrer Liebe verurteilt worden. Bis heute gelten sie als vorbestraft. Das müssen wir endlich ändern. Der Bundestag muss die Urteile aufheben und es muss mindestens für Haftzeiten, gezahlte Geldstrafen und Verfahrenskosten eine finanzielle Entschädigung geben. Der § 175 hat Menschen stigmatisiert und verfolgt, er hat Berufswege verstellt und Karrieren zerstört. Es ist dringend überfällig, dass wir den Betroffenen endlich Gerechtigkeit verschaffen und sie rehabilitieren.



Heiko Maas ist Bundesminister der Justiz und für Verbraucherschutz

Die Zukunft der Arbeit hat begonnen – Nutzen wir die Chancen!

Von Andrea Nahles

Ein Vierteljahrhundert ist vergangen, seit die erste Webseite online ging. Wir wissen, dass wir seitdem nicht nur anders miteinander reden, anders einkaufen oder unseren Lebenspartner suchen.

Ohne Zweifel ist die Digitalisierung eine wesentliche Triebfeder des gesellschaftlichen und kulturellen Wandels. Informationen sind allzeitig verfügbar, Aufrufe, etwa zu Spenden oder ehrenamtlichem Engagement, sind rasch verbreitet. Auch neue Mensch-Maschine-Kopplungen machen ein selbstbestimmteres Leben und Arbeiten möglich. Ein Ziel, das wir als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten immer angestrebt haben. Das beginnt bei der Sprachassistentin im Kino für sehbehinderte Menschen, reicht über Arbeitsplätze in Crowdfunding-Projekten und endet bei „denkenden“ Häusern. Vorläufig.

Nimmt man irgendeinen Arbeitsplatz - er wird in fünf bis zehn Jahren anders aussehen. Als Beispiel mag uns eine Zeitungsredaktion dienen. Wo früher ein ganzes Redaktionsteam mit Redakteur, Fotograf, Korrektor und Setzer von Nöten war, ist heute die Redaktion eine One-(Wo)Man-Show, zumindest in Lokalzeitungen. Und der Preisdruck ist groß, seit es das teilweise kostenlose Internet gibt. Nehmen wir als weiteres Beispiel die Kulturbranche. Hier bringt die Digitalisierung neue Geschäftsmodelle hervor, zum Beispiel personalisierte Nachrichten, Musik-Streaming, werbefinanzierte Blogs oder Videokanäle, und schafft neue Tätigkeitsfelder für Künstlerinnen und Publizisten.

Aber das heißt auch: Einige Geschäftsmodelle haben ausgedient und Tätigkeiten, manchmal ganze Arbeitsplätze, fallen weg. Wir können schon heute sehen, welche Arbeitsplätze das sein werden. Routine-tätigkeiten, ob im Büro oder an der Werkbank, verschwinden zunehmend in digitalen Systemen, aber auch ganze Branchen geraten unter Druck, der Einzelhandel genauso wie das Druck- und Papiergewerbe. Schwer dagegen ist es, genau zu sagen, welche neuen Arbeitsplätze dazu kommen werden. Auch in den 1980er Jahren konnte sich kaum jemand vorstellen, dass sich mit selbstgedrehten Alltagsvideos oder mit der Entwicklung von Gesichtserkennungssoftware im Jahr 2016 Geld verdienen lässt.

Wir können und wir wollen uns den Potenzialen der Digitalisierung nicht verschließen. Sozialdemokraten waren noch nie Maschinenstürmer. Aber wir müssen

sicherstellen, dass die enormen Gewinne aus der Digitalisierung nicht nur einigen wenigen zugutekommen. Die bereits bestehende Spaltung unserer Gesellschaft in Gewinner und Verlierer der Globalisierung dürfen wir im Zeitalter der Digitalisierung nicht vertiefen. Im Gegenteil, wir müssen sie zurückdrehen. „Ungleichheit ist kein Naturgesetz“, wie meine Kollegin Manuela Schwesig, Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, im letzten Heft völlig zu Recht betonte. Die Rente mit 63 und die Mütterrente, der Mindestlohn und das Gesetz gegen den Missbrauch von Leiharbeit und Werkverträgen schließen einige Gerechtigkeitslücken.



Mit Blick auf die Zukunft der Arbeit darf die deutsche Wirtschaft die beschleunigte Digitalisierung der kommenden Jahre nicht verschlafen, sie muss darin investieren. Aufgabe einer klugen Politik wird es dabei, die Menschen zu befähigen, mit den rasanten Entwicklungen Schritt zu halten. Ich fordere deshalb ein gesetzliches Recht auf Weiterbildung der Beschäftigten. In der digitalen Wirtschaft sind alle darauf angewiesen,

dass auch jenseits des konkreten Bedarfs weitergebildet wird. Nur wer sich kontinuierlich weiterbildet, kann mit dem technischen Fortschritt Schritt halten. So gewappnet schwindet auch die Angst und die Unsicherheit der Beschäftigten vor dem Neuen. Die Kosten müssen dabei fair auf Staat, Unternehmen und Beschäftigte verteilt werden.

Sozialpartner und wir als Sozialdemokraten müssen darüber hinaus Sorge dafür tragen, dass Mitbestimmung, soziale Sicherungssysteme und Tarifpartnerschaft die tragenden Pfeiler unseres Wirtschaftsmodells bleiben. Denn die Erfahrungen der letzten Jahre zeigen uns ganz deutlich: Dort, wo die Belegschaft im Betrieb am Veränderungsprozess beteiligt wurde, klappt es mit dem „Kollegen Roboter“ und mit den flexiblen Arbeitszeiten. Mehr Flexibilität für den Arbeitgeber heißt dann auch mehr Sicherheit und mehr Selbstbestimmung für die Beschäftigten. Ausgehandelt zwischen den Sozialpartnern. Dann wird Digitalisierung auch für die Beschäftigten zu einem Standortvorteil.

Andrea Nahles ist Bundesministerin für Arbeit und Soziales

NRW – Wir können Wandel

Von Hannelore Kraft

In diesem Jahr haben wir Anlass zu feiern! Denn Nordrhein-Westfalen ist 70 Jahre alt geworden. Unser Bundesland steht - wie kein anderes - für wirtschaftliche Stärke, für sozialen Zusammenhalt und für kulturelle Vielfalt.

Unser Land, am 23. August 1946 von der britischen Besatzungsmacht per Verordnung gegründet, hat über 70 Jahre eine Erfolgsgeschichte geschrieben, auf die wir alle stolz sein dürfen. Gemeinsam haben wir in Nordrhein-Westfalen einen Wandel vollzogen, den kein anderes Land über eine solch lange Strecke zu bewältigen hatte. NRW ist das soziale Gewissen und das wirtschaftliche Fundament der Bundesrepublik Deutschland. Wir können Wandel! Das ist vor allem das Verdienst vieler Bürgerinnen und Bürger, die sich auf ihre Weise für ihre Heimat eingesetzt haben. Sie alle machen unser NRW aus.



„Wir in Nordrhein-Westfalen“ ist längst zu einem Lebensgefühl geworden. Heimatliebe und Weltoffenheit gehören auch in Köln seit jeher zusammen. Doch gleich, wo sie leben, sagen die Menschen: Das ist unsere Heimat, hier gehören wir hin.

Hier bei uns in NRW gibt es alles, was ein starkes Land auszeichnet: Von ländlichen Regionen bis zu den pulserenden Dienstleistungs- und Industriemetropolen. Köln, die größte Stadt unseres Landes, ist unter anderem das Medien- und Start-up-Zentrum im Westen, im Kölner Umland dominieren Chemie- und Pharmaindustrie.

Wir in NRW halten zusammen und wollen kein Kind zurücklassen. Seit 2010 haben wir rund 170 Milliarden Euro allein für Kinder, Familien und Bildung ausgegeben - mehr als jeden dritten Euro des Haushalts. Sehr gut angelegtes Geld, denn mit unserer

präventiven Politik, mit langfristig angelegten Investitionen in unsere Kinder, sichern wir die Zukunftsfähigkeit Nordrhein-Westfalens.

Wir erhalten Bewährtes und gestalten Neues. So wird der digitale Wandel unser Leben und auch die Wirtschaft grundlegend verändern. Wir wollen die Chancen für NRW 4.0 nutzen. Grundlage dafür ist schnelles Internet in ganz Nordrhein-Westfalen bis 2018. Das muss so selbstverständlich wie die Versorgung mit Strom und Wasser sein. Für diesen Ausbau stehen in NRW bis zu einer Milliarde Euro bereit.

Der gesellschaftliche Zusammenhalt ist ein zentrales Anliegen sozialdemokratischer Politik. Das kann nur gelingen, wenn die Menschen respektvoll miteinander umgehen. Der Zusammenhalt, der uns seit 70 Jahren ausgezeichnet hat, muss erhalten bleiben. Deshalb mache ich mir große Sorgen, wenn Respektlosigkeit, Beleidigungen und Hass im

Netz zunehmen. Besonders erschreckend ist die Zunahme von Anfeindungen und Gewalt gegen Polizistinnen und Polizisten und sogar Rettungskräfte.

Wir wollen da klar gegensteuern und Aktionen für mehr Respekt in unserer Gesellschaft unterstützen. In einer ersten „Woche des Respekts“ vom 14. bis 18. November 2016 wollen wir das Bewusstsein dafür schärfen, wie wichtig ein respektvoller Umgang miteinander für eine Gesellschaft ist. Denn wir werden nicht zusehen, wie der Respekt immer schwächer wird. Wir brauchen eine Kultur des gelebten Respekts. Ich bitte alle Bürgerinnen und Bürger und alle gesellschaftlichen Organisationen, sich zu beteiligen und eigene Ideen und Aktionen für mehr Respekt zu entwickeln und umzusetzen.

Hannelore Kraft ist SPD-Landesvorsitzende und Ministerpräsidentin in Nordrhein-Westfalen



Achim Post

Lieber Martin, ich gratuliere zur 100. Ausgabe der Berlin Depesche! Eine tolle Zeitung. Ein Bundestagsabgeordneter, wie man ihn sich nicht besser wünschen kann. Vielen Dank für Deinen erfolgreichen Einsatz für schnelles Internet und die Verkehrsinfrastruktur in NRW! Als Vorsitzender der NRW-Landesgruppe bin ich stolz und dankbar, dass ich mit Dir zusammenarbeiten darf. Wir brauchen Dich, auch und gerade nach 2017!

Mediale Verantwortung für die Gesellschaft

Von Olaf Scholz

Als medienpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion sitzt Martin Dörmann an einer entscheidenden Stelle für Demokratie. Denn eine freie Presse und die Politik sind gleichermaßen unerlässlich, um in einer modernen Gesellschaft Zusammenhalt zu gewährleisten. Hochwertige journalistische Arbeit leistet einen entscheidenden Beitrag zu einer demokratischen Öffentlichkeit, in der sich Entscheidungsträger verantworten müssen und in der ein sachlicher Wettstreit um das beste Argument stattfindet. Bereits in der erfolgreichen gemeinsamen Bewältigung dieses kritischen Wechselspiels, tragen die Politik und der Journalismus eine besondere Verantwortung für das demokratische Gemeinwesen. Für die mediale Verantwortung für die Gesellschaft bedeutet dies dreierlei:

Erstens müssen Medien gesellschaftliche Diskurse zwischen allen demokratischen Stimmen ermöglichen. Der Vorwurf der „Meinungsdiktatur“ ist absurd und oft ideologisch motiviert. Gleichwohl decken die veröffentlichten Meinungen nicht immer die Vielfalt an Positionen in unserer Gesellschaft ab. Das gilt insbesondere bei Themen, die das Selbstverständnis und die Werte unserer Gesellschaft betreffen.

In der Folge ziehen sich manche Bürger in virtuelle Teilöffentlichkeiten zurück, in denen sie sich in ihren Auffassungen gegenseitig spiegeln und mitunter radikalieren. Hinzu kommt, dass Medien wesentlichen Einfluss darauf haben, wie sich Politiker äußern. Wenn jede pointierte Äußerung skandalisiert oder zum innerparteilichen Streit aufgebauscht wird, dann reden Politiker öffentlich häufiger nur noch phrasenhaft und harmlos. Was sie dann sagen, hat mit der Lebenswirklichkeit vieler Bürgerinnen und Bürger dann nicht mehr viel zu tun.

Mediale Verantwortung für die Gesellschaft bedeutet zweitens, keine Agitation zu betreiben und unerwünschte Personen oder Zustände wegschreiben zu wollen, sondern mit Sachargumenten zu überzeugen und eine mit Tatsachen begründete Haltung einzunehmen und zu verteidigen. Dazu gehört auch, immer wieder den Wert von Kompromissen hervorzuheben und der kampagnenhaften Zuspitzung zu widerstehen.

Drittens bedeutet diese Verantwortung, sich einzumischen. Journalisten können in diesem Sinne nicht mehr nur Vermittler und Kommentatoren sein. Sie sollten auch in anderen Kontexten als der eigenen Zeitung oder Sendung das Gespräch suchen. Pegida-Demonstrationen sind nicht unbedingt der richtige Ort dafür. Ein hoffnungsvoller stimmendes Beispiel haben aber zuletzt einige Journalisten abgegeben, die die Autoren von Hasskommentaren identifiziert und aufgesucht haben. Konfrontiert mit einem sachlich fragenden und argumentierenden Medienvertreter und ohne grölende Mitstreiter, vollzog sich bei



vielen Befragten ein erstaunlicher Wandel: Es wurde differenziert, relativiert – und vor allem: zugehört. Manch einer ließ sich tatsächlich noch mit Argumenten erreichen. Und so auch wieder in das gesellschaftliche Gespräch einbeziehen, das den Kern des Journalismus bildet.

Wir werden nicht mit jedem in diesem Land mit sachlichen Argumenten in einen Austausch kommen. Aber wir sollten versuchen, das vernünftige Gespräch möglichst oft zu führen. Denn genau das macht eine demokratische Debattenkultur aus.

Olaf Scholz ist Erster Bürgermeister der Freien und Hansestadt Hamburg



Frank-Walter Steinmeier

Lieber Martin! Hundert Ausgaben „Berlin Depesche“ sind eindrucksvolles Zeugnis von intensivem politischen Engagement und offenem Dialog. Herzlichen Glückwunsch zu dieser Zwischenetappe und alles Gute für die kommenden Jahre für Dich und Deine Arbeit!

Zuwanderung steuern und verwalten: Ein Einwanderungsgesetz schafft Klarheit

Von Thomas Oppermann

Letztes Jahr haben wir über eine Million Flüchtlinge bei uns aufgenommen. Und jetzt brauchen wir noch ein Einwanderungsgesetz? Wie viele wollen wir denn noch zu uns holen? Ich kenne diese Gespräche gut. Und meine Antwort ist: Wir wollen Zuwanderung nicht unreflektiert fördern – Wir wollen sie steuern und gestalten.

Der demographische Wandel ist kein Horrorszenario, sondern Fakt. Wir werden immer älter und wir werden weniger. Allein in den nächsten zehn Jahren verliert Deutschland über sechs Millionen Erwerbsfähige. In Bundesländern wie Mecklenburg-Vorpommern oder Brandenburg hat die Gesellschaft schon mit den Folgen der Überalterung zu kämpfen. Betriebe finden kaum noch Nachwuchs, Behörden beginnen damit, Schulen zu schließen und Buslinien einzukürzen. Geht die Entwicklung so weiter, leben wir irgendwann in einer Gesellschaft in der mehr ältere Menschen leben als junge. Dies hat es in der Geschichte noch nicht gegeben. Und dies würde für unser heutiges Sozialsystem den Zusammenbruch bedeuten.

Nun steht Deutschland mit dieser Entwicklung aber nicht allein da. Seit den 70er Jahren erlebt ein Großteil der führenden Industrienationen einen starken Geburtenrückgang. Schon jetzt gibt es daher einen weltweiten Wettbewerb um gut ausgebildete Ingenieure, IT-Experten und Spezialisten im Bereich Altenpflege. Viele Länder wählen längst gezielt nach ihrem Bedarf aus, wen sie zu sich holen. Wir nicht.

Deutschland hat zwar ein Aufenthaltsrecht – Dieses ist jedoch mit über 50 verschiedenen Aufenthaltstiteln und zahlreichen behördlichen Ermessensspielräumen so intransparent und unberechenbar, dass hoch qualifizierte Fachkräfte sich eher für Einwanderungsländer wie Kanada oder Neuseeland entscheiden. Wir wollen aber im Wettbewerb um die klügsten und innovativsten Köpfe an der Spitze stehen. Wir wollen damit unseren Wohlstand auch in Zukunft sichern. Und nicht zuletzt: Wir wollen damit auch unser Asylsystem entlasten.

Klar ist: Das Recht auf Asyl bleibt von einem Einwanderungsgesetz strikt getrennt. Wir müssen auch weiterhin unserer humanitären Pflicht nachkommen. Unter den 1,1 Millionen Asylbewerbern des vergangenen Jahres, waren aber nicht nur Kriegsflüchtlinge, sondern auch viele, die nach einem wirtschaftlich

besseren Leben strebten. Das ist menschlich verständlich. Der Weg über das Asylverfahren ist aber für Arbeitssuchende der falsche. Wir müssen darum endlich Klarheit schaffen, wer aufgrund wirtschaftlicher Erwägungen zu uns kommen kann – und wer nicht.

Ein Einwanderungsgesetz, wie ich es mir wünsche, bringt Licht ins Dunkel. Ich stelle mir ein Internetportal vor, mit dem Behörden genauso wie potentielle Einwanderer und Arbeitgeber arbeiten. Eine Ingenieurin aus Indien gibt dort ihre persönlichen Qualifikationen ein: Alter, Ausbildung, Berufserfahrung, Sprachkenntnisse, konkretes Jobangebot, bisherige Auslandsaufenthalte sowie Familienanschluss sollten eine Rolle spielen. Für jedes Kriterium gibt es Punkte. Und bei Erreichen einer Mindestpunktzahl ist die Einwanderung ganz nah. Wichtig ist dabei, dass wir niemanden überfordern. Unser neues Einwanderungsrecht soll darum ein „*atmendes System*“ sein. Wir legen jährlich fest, wen wir suchen und wie viele über das Punktesystem kommen können.

Gegner eines Einwanderungsgesetzes führen gern an, dass die Herkunftsländer unter der Abwanderung ihrer Leistungsträger leiden würden. Falsch. Ein Beispiel: Als ich mir in Kanada ein Bild vom dortigen Einwanderungsrecht gemacht habe, habe ich eine Rumänin kennengelernt. Sie ist ausgebildete Textilingenieurin. In Ihrer Heimat hatte sie keine Chance auf einen angemessen bezahlten Arbeitsplatz. In Kanada macht die Frau nun Karriere. Sie ist gut integriert und hält gleichzeitig den Kontakt nach Rumänien. Vielleicht geht sie eines Tages zurück. Doch selbst wenn nicht, schon jetzt profitiert das Herkunftsland über Finanz- und Wissenstransfer.

Vor über 50 Jahren haben wir schon einmal aus wirtschaftlichen Gründen Einwanderer nach Deutschland geholt. Sie kamen aus Spanien, Griechenland, Italien, Jugoslawien und der Türkei. Wir haben damals den Fehler gemacht, in ihnen „*Gastarbeiter*“ zu sehen und keine Einwanderer. Es ist Zeit, diese Fehler der Vergangenheit einzugestehen und aus ihnen zu lernen: Wir brauchen Einwanderung. Wir wollen aber nicht jeden, sondern die Richtigen. Zuwanderung darf nicht länger willkürlich sein. Dafür brauchen wir ein flexibles Einwanderungsgesetz.



Thomas Oppermann ist Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion

Fortschritt und Gerechtigkeit. Sozialdemokratische Politik für eine starke Gesellschaft.

Von Sigmar Gabriel

Wir leben in unruhigen Zeiten, in denen vieles aus den Fugen zu geraten scheint: Ereignisse in fernen Ländern haben unmittelbare Auswirkungen bis in unsere Nachbarschaft: Ob Bürgerkrieg in Syrien, Putsch in der Türkei, Brexit in Großbritannien oder Terror in Frankreich - all das sind Zusammenhänge, deren Folgen auch wir spüren können.

Gleichzeitig verändert die digitale Revolution unser Leben mit enormem Tempo und prägt unseren Alltag und unsere Arbeitswelt immer stärker. Wachsende Ungleichheiten, Aufstiegsfrust und Abstiegsangst stellen zudem den sozialen Zusammenhalt in Deutschland in Frage.

Viele Menschen fühlen sich durch diesen rasanten Wandel verunsichert, manche auch überfordert. Populistische Parteien in ganz Europa versuchen aus dieser Verunsicherung erfolgreich politisches Kapital zu schlagen – auch in Deutschland. Sie verfolgen eine zynische Sündenbock-Strategie ohne politische Lösungsangebote, sondern haben als Ziel den gesellschaftspolitischen Rückbau unseres Landes. Sie wollen zurück in eine Zeit der D-Mark und der Atomkraft, in der Wirtschaftsinteressen mehr gelten als Arbeitnehmerrechte, in der Frauen bevorzugt zuhause und Einwanderer, Schwule und Lesben Bürger zweiter Klasse bleiben. Sie wollen nicht wie die SPD das moderne Deutschland schaffen, sondern es abschaffen.

Diese Herausforderungen brauchen sozialdemokratische Antworten. Fortschritt und Gerechtigkeit sind

die Seele der SPD. Für uns gilt: Wir wollen das Land zusammenhalten und weiterbringen. Wir machen Politik für gerechte Chancen, damit jeder Mensch aus seinem Leben etwas machen kann. Wir machen Politik für einen handlungsfähigen Staat, der soziale Sicherheit und Sicherheit im Alltag gewährleisten kann. Wir machen Politik für ein starkes Europa, das die Chancen der Globalisierung nutzt und ihre Risiken beherrschbar macht. Solidarität ist unsere Antwort auf den Wandel, den wir erleben.

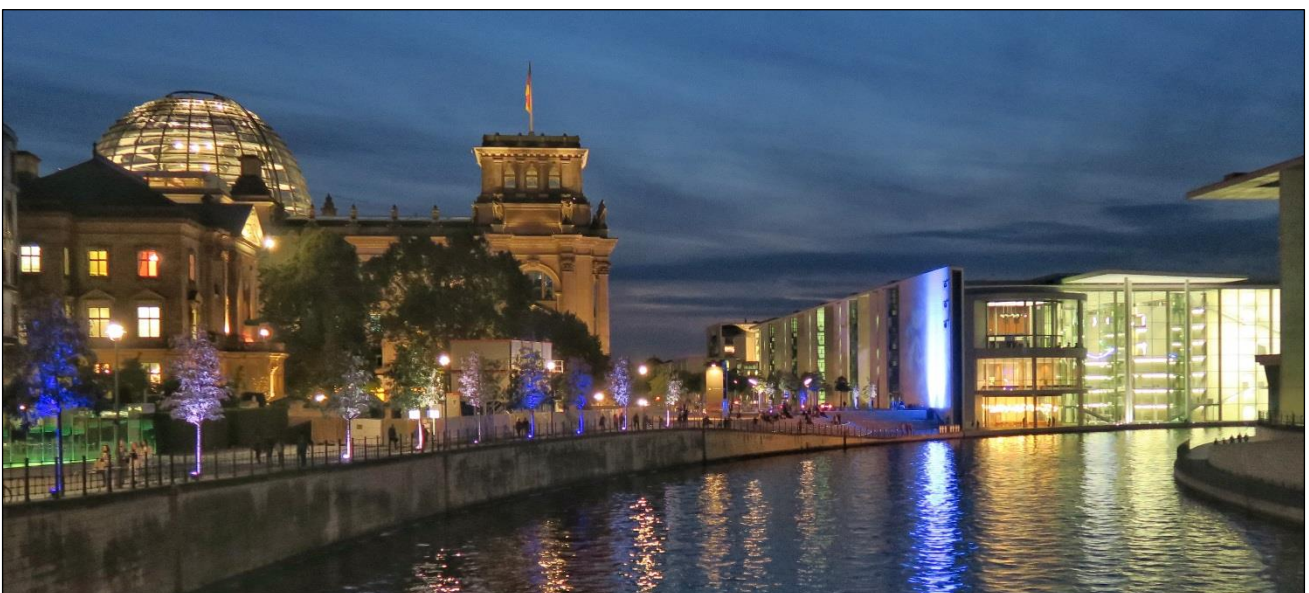
In der Bundesregierung zeigen wir in dieser Legislaturperiode: Wir halten, was wir versprechen. Lange gab es nicht so viel sozialdemokratische Politik für Frieden, soziale Sicherheit und wirtschaftlichen Erfolg. Das wollen wir fortsetzen, auch im Wahljahr 2017 und darüber hinaus.

Die Geschichte unseres Landes und vor allem die mehr als 150-jährige Geschichte der SPD zeigen: Fortschritt und ein besseres Leben sind

möglich. Doch dieser Fortschritt kommt nicht von allein. Fortschritt muss man machen. Gemeinsam, mit offenen Augen, guten Ideen und vor allem mit einem großen Herzen für alle Menschen. So gestalten wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten unser Land.



Sigmar Gabriel ist SPD-Vorsitzender und Bundesminister für Wirtschaft und Energie



Sommertour 2016

Begegnungen zwischen HöVi-Land, DLR und Eigelstein

Seit Beginn seiner Abgeordnetentätigkeit nutzt **Martin Dörmann** traditionell die parlamentarische Sommerpause für Bürgergespräche sowie Besuche von Festen, Unternehmen und Einrichtungen in Köln. Zu den angebotenen eigenen Exkursionen zählten diesmal u. a. Besichtigungen des DLR, der Kaserne Wahn, beim WDR und im Haus der Geschichte (Bonn), die sämtlich ausgebucht waren und auf große Begeisterung stießen.

Nachfolgend beispielhafte Impressionen von einigen der Sommertermine. Sie geben auch einen kleinen Einblick in die Vielfalt der Wahlkreisarbeit.



Kinder-Ferienaktion „HöVi-Land“

Viel Spaß im „HöVi-Land“! In diesem Jahr waren es 630 Kinder aus Vingst und Höhenberg, die dort für drei Wochen ein tolles Ferienprogramm genossen. Bei seinem schon traditionellen Besuch in Begleitung von SPD-Ratsmitglied und „HöVi-Doc“ **Michael Paetzold** konnte Martin Dörmann sich ein Bild davon machen, mit wieviel Freude alle Beteiligten dabei waren, das diesjährige Motto mit Leben zu füllen: „HöVi-Land erlebt Köln von Kopf bis Fuß“. Ein großes Dankeschön an die über 300 (meist ehrenamtlichen) HelferInnen!



Fachgespräch mit Pflegekräften

In der Pflege braucht es breit ausgebildetes Personal, das gut bezahlt wird und attraktive Berufsperspektiven hat. Martin Dörmann sprach beim Johanniter Regionalzentrum West in Deutz mit MitarbeiterInnen und Führungspersonal aus dem Pflegebereich, um sich über die Arbeitsbedingungen näher zu informieren: „Danke an alle, die sich in diesem wichtigen sozialen Bereich engagieren!“



Austausch mit WDR-Justiziarin

Bei Martin Dörmanns Gespräch im WDR mit der stellv. Intendantin und Justiziarin **Eva-Maria Michel** ging es um die geplante Novellierung des Urhebervertragsrechts und die Perspektiven des Senders Phoenix, für den der WDR von Seiten der ARD federführend ist. Klar, dass auch die Maus mit dabei war.

Bürgerfest Ostheim

Das traditionelle Bürgerfest Ostheim setzte sich für ein gutes Miteinander ein und ist ein geliebtes Beispiel für die Vielfalt und den Zusammenhalt im Stadtteil. Die damalige Initiative hierfür kam von **Tim Cremer** und **Carolin Kebekus**. Großer Dank an alle, die sich für diese vorbildlichen Feste engagieren!



Gamescom

Mit dem weltweit größten Event für Computer- und Videospiele stand Köln 5 Tage im Zentrum der Gamer Community. Martin Dörmann war beim politischen Eröffnungsrundgang dabei und konnte sich ein Bild davon machen, warum es eine halbe Million BesucherInnen hierher zog.



Erstes Dorffest und Platzeinweihung in Eil

In Eil war Martin Dörmann bei der Namensgebung und Schildenthüllung für den neuen „Pfarrer-Oermann-Platz“ dabei, beides auf Initiative des Ortsrings Eil. Merci an **Erwin Bäuml**, **Monika Möller** und ihren gesamten Vorstand für das nachhaltige Engagement für den Stadtteil!





Mit dem Sozialraumkoordinator unterwegs in Finkenberghoven und Gremberghoven

Mit Sozialraumkoordinator **Jochen Schäfer** und **Pascal Pütz** vom SPD-Ortsverein machten **Tim Cremer** und Martin Dörmann einen Rundgang durch Finkenberghoven und Gremberghoven. Sie informierten sich über die aktuelle Situation vor Ort und besprachen Perspektiven und Verbesserungsmöglichkeiten. In Gremberghoven wurde ein Stopp beim Jugendtreff der „RheinFlanke“ gemacht, der auch beim tollen Sommercamp „Finkenhoven“ mit dabei war.



Besuch des DLR

Im August besuchte Martin Dörmann mit 50 BürgerInnen das Deutsche Zentrum für Luft- und Raumfahrt (DLR) in Porz. Unter fachkundiger Führung bekam die Gruppe Einblicke in das Europäische Astronautenzentrum, das Institut für Luft- und Raumfahrtmedizin, den Sonnenofen sowie das Zentrum für Weltraumexperimente.



Podiumsdiskussion zu TTIP und CETA

Das war eine gute Diskussion mit der Juso-Hochschulgruppe und dem Forum Europa der KölnSPD.



Aktionstag Kölner Migrationsberatungsstellen

Im „Vingster Treff“ stellten die Träger der Kölner Migrationsberatungsdienste auf sehr originelle Art ihre Arbeit vor. Die total motivierten MitarbeiterInnen sorgen dafür, dass Menschen mit Migrationshintergrund eine gute Integrationsperspektive bekommen. Das ist unverzichtbar und muss weiter unterstützt und ausgebaut werden! Deshalb setzt sich die SPD-Bundestagsfraktion in den laufenden Haushaltsberatungen für eine deutliche Anhebung der Mittel ein.



Infotafel-Einweihung am Fischerhaus Poll

Tolle Aktion von **Hans Burgwinkel**, der sich mit viel Herzblut um das Heimatmuseum und die Geschichte des schönen Stadtteils Poll kümmert: Zusammen mit Bürgermeisterin **Elfi Scho-Antwerpes** durfte Martin Dörmann eine von ihm gestaltete riesige Infotafel enthüllen, die 100 markante Punkte am Poller Rheinufer darstellt. Ein besonderer Dank gilt auch **Lynda** und **Frank Schneider** vom „Poller Fischerhaus“, die nicht nur diese Tafel gesponsert haben. An ihrem gemütlichen Lokal in einzigartiger Rheinlage ist sie ab sofort zu bestaunen.

Besuche in Flüchtlingsunterkünften

Martin Dörmann besucht regelmäßig Flüchtlingsunterkünfte in seinem Wahlkreis. In der Heerstraße (Porz) kündigte der Flüchtlingskoordinator der Stadt Köln **Hans Oster** an, dass die dortige Turnhalle in einigen Wochen frei gemacht werden soll. Das ist gut, ist doch die Lage dort besonders problematisch. Man muss allen haupt- und ehrenamtlichen Kräften für ihren leidenschaftlichen Einsatz sehr danken!



Kommunalpolitischer Rundgang vom Hauptbahnhof zum Eigelstein



Mit **Regina Börschel** (SPD-Fraktionsvorsitzende BV) und **Tim Cremer** (stellv. Bezirksbürgermeister) besuchte **Martin Dörmann** verschiedene Einrichtungen in der Innenstadt. Mit IN VIA-Geschäftsführerin **Sibylle Krings** besuchten sie die Bahnhofsmision, die allen Hilfesuchenden mit Rat und Tat zur Seite steht, sowie die Radstation am Hauptbahnhof. Sie bietet alles rund ums Rad und Arbeitslosen Unterstützung durch Arbeit und Qualifikation. In beiden Einrichtungen arbeitet ein äußerst engagiertes Mitarbeiterteam.

Nach dem Besuch dieser Einrichtungen nahm die Gruppe das Eigelsteinviertel in Augenschein und diskutierte aktuelle kommunalpolitische Fragestellungen.

Vorbildliche soziale Jugendarbeit der Initiative „180 Grad Wende“ in Kalk



Bei seinem Besuch in der Beratungsstelle Kalk der vielfach ausgezeichneten Präventionsinitiative „180 Grad Wende“ konnte sich **Martin Dörmann** einen Einblick in deren vorbildliche Arbeitsweise verschaffen. Durch innovative soziale Jugendarbeit mit einem Multiplikatorennetzwerk werden junge Menschen vor Isolation, Orientierungslosigkeit und Radikalisierung bewahrt.

Der charismatische Initiator und Leiter **Mimoun Berrissoun**, der in Ostheim zur Schule ging, wurde von Ex-UN-Generalsekretär Kofi Annan zu einem von 10 jungen „Leaders“ weltweit ausgewählt. Demnächst begleitet er Annan in Kanada und bei der Münchener Sicherheitskonferenz, zudem spricht er vor der Genfer Friedenskonferenz. Von Ostheim in die Welt.

Herbststempfang der Abgeordneten im SPD-Bürgerbüro Porz

Zum traditionellen Herbststempfang in ihrem gemeinsamen Wahlkreisbüro laden **Martin Dörmann, MdB** und **Jochen Ott, MdL** ein:

Freitag, 28. Oktober 2016, 16:30 Uhr

SPD-Bürgerbüro Porz, Hauptstraße 327, 51143 Köln

Im Rahmen des Empfangs findet erneut eine Ausstellungseröffnung statt. Zu sehen sein werden die Bilder und Fotos der Künstlerin **Melanie Henn**. Vielen dürfte der Name bekannt vorkommen: Sie ist die Jungfrau Melanie im designierten Porzer Dreigestirn.



Anlässlich des Jubiläums zur 100. Ausgabe der Berlin Depeche wird der Parlamentarische Staatssekretär beim Bundesminister der Justiz und für Verbraucherschutz **Ulrich Kelber, MdB** das Grußwort sprechen.

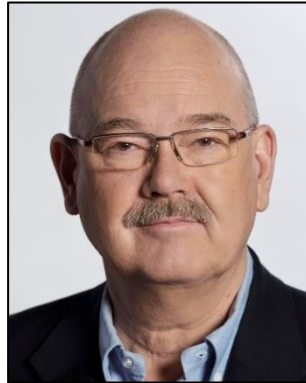


„Fraktion vor Ort“-Veranstaltung der SPD-Bundestagsabgeordneten

**Die Welt im Krisenmodus
Herausforderungen für die Außen- und Sicherheitspolitik**



Dr. Rolf Mützenich
Stellvertretender Vorsitzender
der SPD-Bundestagsfraktion



Rolf-Dieter Krause
Journalist



Norbert Spinrath
Europapolitischer Sprecher
der SPD-Bundestagsfraktion

Freitag, 30. September 2016, 17:30 Uhr

LVR- Horion Haus , Raum Ruhr, Hermann-Pünder-Straße 1, 50679 Köln (Deutz)

Nationalismus, autoritäre Populisten sowie religiöse Auseinandersetzungen gefährden inzwischen in vielen Ländern Frieden, Freiheit und Demokratie. Die Entwicklungen in der Türkei sind besorgniserregend, die Konflikte im Nahen und Mittleren Osten sowie in der Ukraine ungelöst. Im Verhältnis zu Russland sprechen manche gar von einem neuen „Kalten Krieg“. Gleichzeitig steht die Europäische Union nach dem Brexit-Votum und angesichts offener Flüchtlingsfragen vor ihrer größten Bewährungsprobe.

Mit zwei führenden Außen- bzw. Europapolitikern sowie dem Journalisten **Rolf-Dieter Krause**, bis vor kurzem Leiter des ARD-Studios in Brüssel, wollen die Kölner SPD-Bundestagsabgeordneten darüber sprechen, wie diese historischen Herausforderungen für die internationale Politik gemeistert werden können.

Die Moderation übernimmt **Martin Dörmann**.

Besuch im Neven DuMont-Haus: Wie entsteht eine Tageszeitung?

Gespräch mit Peter Pauls, Chefredakteur des Kölner Stadt-Anzeigers

Martin Dörmann lädt interessierte Bürgerinnen und Bürger am **Freitag, 12. Oktober von 16:30 Uhr bis 18:30 Uhr** zu einem gemeinsamen Besuch des Neven DuMont Hauses in Köln-Niehl ein.

Nach einer Einführung in die Geschichte des Medienhauses DuMont Schauberg und die Zeitungsproduktion erfolgt eine fachkundige Führung durch das Druckzentrum. Hier kann man hautnah miterleben, wie jeden Tag unter anderem „Express“, „Kölnische Rundschau“ und der „Kölner Stadtanzeiger“ vom Band laufen.



Als besonderes Highlight wird es außerdem ein Treffen mit dem Chefredakteur des Kölner Stadtanzeigers **Peter Pauls** geben. Aufgrund begrenzter Plätze ist eine Anmeldung im Porzer Wahlkreisbüro telefonisch unter 02203/52144 oder per Email an: martin.doermann.wk@bundestag.de erforderlich. Der genaue Treffpunkt wird mit der Anmeldung bekannt gegeben.

Klartext: Welche Debattenkultur braucht Demokratie?

Mittwoch, 5. Oktober 2016, 18:00 Uhr

KOMED, Im Mediapark 7, 50670 Köln (Innenstadt)

Einleitender Vortrag: **Lamya Kaddor** (muslimische Religionspädagogin und Islamwissenschaftlerin)

Auf dem Podium: **Martin Dörmann**, MdB (Sprecher für Kultur und Medien der SPD-Bundestagsfraktion), **Dr. Linards Udris** (Forschungsinstitut Öffentlichkeit und Gesellschaft / Universität Zürich), **Steffi Fetz** (Crowdspondents, „Was ist los mit Dir, Deutschland?“) und **Ulrike Winkelmann** (Deutschlandfunk).

Moderation: **Daniel Bax** (Journalist der taz und Buchautor).



„Die Seele der Demokratie ist das Gespräch“, so Peter Glotz. Wo und wie findet aber dieser öffentliche Austausch in Zeiten gesellschaftlicher Polarisierung statt?

Demokratie braucht Kontroversen. Sie sind gesellschaftliche Selbstverständigungsdiskurse. Mit der zunehmenden Verlagerung von (Halb-)Öffentlichkeit in die sozialen Medien ändert sich die Weise, wie Gesellschaft sich austauscht und streitet.

Gerade in Zeiten der gesellschaftlichen Polarisierung, in denen der Ton rauer geworden ist, will die Friedrich-Ebert-Stiftung einladen und fragen: Was können Medien zu einer demokratischen Streit- und Debattenkultur beitragen?

Mehr soziale Demokratie wagen!

Mittwoch, 12. Oktober 2016, 19:00 Uhr

KOMED, Im Mediapark 7, 50670 Köln (Innenstadt)

Moderation: **Mirjam Gehrke** (Deutsche Welle Akademie)

Auf dem Podium:



Martin Dörmann, MdB

Sprecher für Kultur und Medien
der SPD-Bundestagsfraktion



Prof. Dr. Thomas Meyer

Politikwissenschaftler
Universität Dortmund



Dr. Christian Krell

Leiter des FES-Büro für die
nordischen Länder, Stockholm

Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität - die Grundwerte der SPD könnten Antworten auf die Fragen unserer Zeit liefern. Aber immer weniger Menschen in Europa unterstützen sozialdemokratische Politik. Stattdessen sind Zukunftsängste, Verunsicherung und Ungleichheiten Nährboden für wachsenden Populismus.

Welche Antworten sollte die Sozialdemokratie auf die gesellschaftlichen Herausforderungen geben? Was bedeuten die Grundwerte heute? Wie lassen sie sich in praktische Politik umsetzen? Wie kann die SPD neue Glaubwürdigkeit gewinnen? Und was kann sie von anderen sozialdemokratischen Parteien Europas lernen?



Kölner Musikfestival c/o pop erhielt erstmals Bundesförderung

Martin Dörmann sagte bei Eröffnung seinen weiteren Einsatz zu

Vom 24. bis 28. August fand das 13. Musikfestival „c/o pop“ statt. Es bot erneut ein vielfältiges Programm mit über 120 Bands und Künstlern, darunter internationale Stars aber auch viele Newcomer. Das Veranstalterteam um **Norbert Oberhaus** und **Ralph Christoph** hat Köln wieder zum Anziehungspunkt für rund 30.000 Musikbegeisterte gemacht. Am ersten Abend wurde das Festival mit einem Talk eröffnet. Bürgermeisterin **Elfi Scho-Antwerpes** machte deutlich, dass das Festival ein bedeutender Wirtschaftsfaktor für die Stadt Köln sei und eine Strahlkraft über die Region hinaus besitze.



**Talkgäste bei der Eröffnung (v.l.):
Ralph Christoph, Elfi Scho-Antwerpes,
Ulrich Soénius, Moderatorin Anja Backhaus,
Martin Dörmann, Norbert Oberhaus**

Martin Dörmann betonte im Talk zudem die besondere Bedeutung der Förderung junger deutscher Künstler: „Deshalb werde ich mich bei den anstehenden Haushaltsverhandlungen im Bundestag dafür einsetzen, dass die Bundesförderung fortgesetzt und verstetigt wird.“

Dem Ruf als führendes „Entdecker-Festival“ und Förderer junger Talente wurde c/o pop auch in diesem Jahr wieder gerecht: zahlreiche Upcoming-Acts aus Köln und Deutschland traten überall in der Stadt verteilt auf. Das Festival bestach durch Vielseitigkeit und hatte für nahezu jeden Geschmack etwas zu bieten. Die Genre reichten von Elektro-Pop, über Wave-Pop und Garage Rock, bis hin zu Rap.

Grund für gute Laune gab es auch jenseits des hervorragenden musikalischen Programms: Erstmals ist es in diesem Jahr gelungen, das Festival mit 150.000 Euro aus Bundesmitteln zu unterstützen. Dafür hatte sich **Martin Dörmann** nicht nur als Kölner Wahlkreisabgeordneter sondern vor allem auch als kultur- und medienpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion stark gemacht.

Denn die c/o pop ist eines der international angesehensten Musikfestivals und mit mehreren Preisen prämiert. Sie hat ein einzigartiges Profil, setzt auf die Vernetzung mit den Musikakteuren in der Stadt, baut jungen Nachwuchs auf und hat einen klaren Schwerpunkt auf deutsche Acts, die hier auf ein internationales Fachpublikum treffen.



Viele der KünstlerInnen werden auf internationaler Bühne wiederzusehen sein. Das alles hat einen kulturpolitisch hohen Stellenwert, der die Unterstützung des Bundes verdient hat.



"Fraktion vor Ort" zur Reform der Pflegeberufe

Karl Lauterbach erläuterte im Mülheim den Gesetzesentwurf, anschließend gab es eine sehr gute Diskussion mit kompetentem Podium und Publikum. Die SPD will bessere Bedingungen für Pflegefachkräfte schaffen, um den Fachkräftemangel zu bekämpfen und die pflegerische Versorgung weiter zu verbessern. Zudem geht es uns um eine höhere Anerkennung für die herausfordernde und unverzichtbare Arbeit im Pflegebereich!

WDR-Besuch: Hinter den Kulissen von „Hart aber fair“

Zweistündige Diskussion mit Moderator Frank Plasberg



Ende August war **Martin Dörmann** gemeinsam mit 50 Bürgerinnen und Bürgern zu Gast beim WDR. Nach einem Einführungsfilm über den Sender traf die Gruppe im „Hart aber fair“-Studio auf Moderator **Frank Plasberg** und WDR-Redakteur **Markus Zeidler**. Plasberg erläuterte Hintergründe zur Sendung, etwa wie das Team um ihn Themen und Spielfilme aufbereitet und Gesprächspartner sondiert: „Ich bin nur der Moderator“. Zudem erzählte er einige Geschichten zum Schmunzeln.



Er und Markus Zeidler vertraten offensiv die Bedeutung der Quote, der sich jeder stellen müsse. Man dürfe letztlich nicht am Publikum vorbei produzieren. In der zweiten Hälfte ergab sich dann eine lebendige Debatte zwischen Plasberg, Dörmann und dem Publikum. Thematisiert wurden die Flüchtlingsfrage, die SPD und der politische und journalistische Umgang mit von Ausländern begangener Kriminalität. Die Diskussion machte Plasberg so viel Spaß, dass aus der verabredeten einen Stunde am Ende fast zwei wurden.

Projekt „Kurve kriegen“ verhindert Abgleiten von Jugendlichen in Kriminalität



Im Rahmen seiner Sommertour durch NRW kam **André Stinka**, Generalsekretär der NRW SPD, am 10. Juli nach Köln. Bei seinen Programmpunkten wurde er von den Kölner SPD-Bundestagsabgeordneten **Martin Dörmann** und **Elfi Scho-Antwerpes** begleitet.

Die drei freuten sich über die erfolgreiche Umsetzung der Landesinitiative „Kurve kriegen“ am Standort Köln. Das Präventionsprojekt wurde ihnen von der



Polizei und der AWO vorgestellt, die das Programm betreuen. Es bewahrt besonders gefährdete Kinder und Jugendliche vor einem dauerhaften Abgleiten in die Kriminalität und verringert die

Anzahl der von dieser Gruppe begangenen Straftaten deutlich. Erreicht wird dies durch den Einsatz pädagogischer Fachkräfte und der Einbindung von Eltern, Schule und Jugendämtern. André Stinka lobte das Engagement der Beteiligten und die guten Ergebnisse: „Unsere präventive Politik wirkt und gibt gefährdeten Kindern und Jugendlichen eine neue Perspektive.“

Anschließend zog es die Delegation nach Deutz. In der Hauptverwaltung des weltweit operierenden Chemieunternehmens Lanxess trafen sie mit Personalvorstand **Dr. Rainer van Roessel** (Foto) zusammen. Der freute sich auf die an diesem Tage bekannt gegebenen guten Quartalszahlen mit einer erhöhten Ergebnisprognose für 2016. Zudem gab er Einblicke in die Unternehmenstrategie, etwa auch im Hinblick auf Umweltschutz oder die Unterstützung von Schulen, um SchülerInnen für naturwissenschaftliche Fächer zu motivieren. Lanxess beschäftigt rund 16.600 Mitarbeiter und ist an 52 Produktionsstandorten in 29 Ländern weltweit präsent.

Zum Abschluss ging es ganz in der Nähe zu einem spannenden Redaktionsgespräch bei RTL. 20 Journalistinnen und Journalisten von RTL Aktuell und RTL Nachtjournal kamen, um die drei Gäste zu befragen, darunter Moderatorin **Ulrike von der Groeben** und Chefredakteur **Michael**



Wulf. Die Bandbreite der Themen reichte von der Lage der SPD über Sicherheitsfragen und Flüchtlingsentwicklungen bis hin zu außenpolitischen Herausforderungen wie Türkei und Trump.



„Ich freue mich, dass die Redaktion sich so engagiert gezeigt hat. Es war eine prima Gelegenheit, einige Hintergründe politischer Entscheidungen zu erläutern, die manchmal im tagesaktuellen Nachrichtengeschäft unterzugehen drohen“, fasste Martin Dörmann die zweistündige Diskussion zusammen.



NRW-Landesparteitag der SPD: „NRW bleibt neu.“

Hannelore Kraft mit 98,5 Prozent als Landesvorsitzende bestätigt

Derzeit wird viel erzählt, dass es bei Politik nur noch um Emotionen ginge und nicht um Inhalte und Fakten. Die SPD in Nordrhein-Westfalen findet das fahrlässig. Denn wer Debatten nur noch in Schwarz und Weiß unterteilt, akzeptiert keine Argumente und schürt damit gesellschaftliche Konflikte. Beim Landesparteitag der NRWSPD am 24. September in Bochum standen deshalb die Inhalte im Mittelpunkt.

„Es sind zu viele, die immer nur dagegen sind und an Lösungen kein Interesse haben. Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten wissen, wohin das führen kann. Deshalb werden wir gerade jetzt gebraucht“, so **Hannelore Kraft** zum Start des Parteitags im RuhrCongress. Die SPD könne über Wahlperioden hinweg mit ihrem klaren Plan überzeugen. „NRW bleibt neu“ lautete das Motto des Tages und unsere Landesvorsitzende zeigte, was Zukunftspolitik ist.



Voller Leidenschaft zeigte Hannelore Kraft ihren Plan für die weitere Zukunft des Landes auf: Wir bekennen uns zum Industrieland NRW. Wir investieren in analoge und digitale Infrastruktur. Wir bauen auf eine offene Gesellschaft mitten in Europa. Es wird so viel für Kinder und Bildung investiert wie nie zuvor. Wir lassen kein Kind zurück. Wir entwickeln bessere Ganztagsangebote. Wir gehen die Geburtsfehler bei G8 an. Wir werden die Schulsozialarbeit im Bund wieder stärken.

Mit „Gute Schule 2020“ legen ein zwei Milliarden für Investitionen in unsere Schulen auf. Wir wollen ein Azubi-Ticket einführen. Wir halten nichts von einer schwarzen Null auf Kosten der Armen. Wir gehen die nächsten Schritte bei der Kita-Finanzierung. Wir haben die Handlungsfähigkeit der Kommunen weiter im Blick. Hannelore Kraft fasst zusammen: „Unser

Plan hat viele Unterpunkte, wir verlieren uns aber nicht im Klein-Klein. Wir haben das Ganze im Blick. Wir wollen mehr Gerechtigkeit wagen. Das ist unser Ziel.“



„Wir alle sind ein starkes Team und wir werden unser Land weiter voranbringen“, hieß es zum Schluss einer fulminanten Rede, die von minutenlangen Applaus und einem herausragenden Ergebnis zur Wiederwahl abgerundet wurde. 98,5 % der Delegierten bestätigten Hannelore Kraft in ihrem Amt. „Nach fast zehn Jahren so ein tolles Ergebnis ist schon etwas Besonderes. Das berührt mich. Danke für dieses Vertrauen!“, bedankte sich die alte und neue Landesvorsitzende.

Hannelore Kraft zählt im anstehenden Wahljahr auf ein eingespieltes Team, denn auch Generalsekretär **André Stinka**, Schatzmeister **Norbert Römer** sowie die stellvertretenden Landesvorsitzenden **Elvan Korkmaz**, **Marc Herter**, **Jochen Ott** und **Britta Altenkamp** wurden in Bochum in ihren Ämtern bestätigt. Neben Ott zog aus Köln **Lisa Steinmann** als Beisitzerin in den Landesvorstand.



Partei der Inhalte – in Bochum hieß das: Es wurden 130 Anträge beraten. Die ersten Leitideen für das SPD-Wahlprogramm sind dank starker Beteiligung auf dem Weg. Bei der gymnasialen Schullaufbahn soll wieder der Wunsch der Schülerinnen und Schüler stärker berücksichtigt werden.

→ Die Ergebnisse und Beschlüsse im Netz:
www.nrwspd.de

Freihandelsabkommen der EU mit Kanada (CETA)

Parteikonvent beschließt SPD-Position

Der SPD-Parteikonvent in Wolfsburg hat am 19. September mit deutlicher Mehrheit dafür votiert, in den parlamentarischen Beratungs- und Ratifizierungsprozess des Freihandelsabkommens CETA mit Kanada einzutreten. Vor dieser Entscheidung hat sich die SPD lange und intensiv mit den Argumenten von Befürwortern und Kritikern auseinandergesetzt. Während andere Parteien einer ernsthaften Diskussion aus dem Weg gehen, führt die SPD die notwendige Debatte über eine gerechte Handelspolitik offen und konstruktiv. Internationale Kooperationen und Handelsabkommen sind unverzichtbar, um faire Regeln für den globalen Handel durchzusetzen.

Gemeinsam mit Wirtschaftsminister **Sigmar Gabriel** hat es die SPD geschafft, dass ein bereits fertig ausgehandeltes Handelsabkommen in zentralen Punkten nachgebessert wurde. So wird es erstmals keine privaten Schiedsgerichte mehr geben, sondern einen internationalen Handelsgerichtshof mit öffentlich bestellten Richtern. Zusätzlich wurden Standards bei Arbeitnehmer- und Verbraucherrechten sowie beim Umweltschutz angehoben. Außerdem werden wichtige Bereiche der öffentlichen Daseinsvorsorge, etwa die kommunale Wasserversorgung, geschützt.

In dem Beschluss hat die Partei jedoch deutlich gemacht, dass an einigen Stellen noch Klärungsbedarf besteht. Daher ist es gut, dass der kanadische Premierminister **Justin Trudeau** und Sigmar Gabriel sich gemeinsam dafür ausgesprochen haben, den CETA-Vertrag durch eine rechtsverbindliche Erklärung der Vertragsparteien zu konkretisieren. Klar ist: Erst nach einer positiven Entscheidung des Europäischen Parlaments können bestimmte Teile des Abkommens, die nicht unter nationale Zuständigkeit fallen, vorläufig angewendet werden. Das sind die wichtigsten Punkte des Beschlusses:

Einstufung als gemischtes Abkommen

Die SPD begrüßt ausdrücklich, dass die EU-Kommission CETA als gemischtes Abkommen eingestuft hat. Das bedeutet, das Europäische Parlament und die nationalen Parlamente müssen CETA beraten und ratifizieren.

Einsetzung eines öffentlich-rechtlichen Investitionsgerichtshofs

Beim Investitionsschutz ist es der SPD gelungen, das alte privat-rechtliche ISDS-System abzuschaffen und einen öffentlich-rechtlichen Investitionsgerichtshof zu etablieren. Der Gerichtshof bietet die Chance, einen völlig neuen Standard für einen modernen Investitionsschutz nach rechtsstaatlichen Grundsätzen zu

schaffen. Im weiteren Prozess sollten unbestimmte Rechtsbegriffe vermieden, sowie die öffentliche Daseinsvorsorge aus dem Streitschlichtungsmechanismus herausgenommen werden.

Neue Regeln, mehr Transparenz, verbesserte Standards

Die SPD lehnt unklare Definitionen von Rechtsbegriffen ab und erwartet, dass die Parlamente diese Fragen umfassend prüfen und nötigenfalls Klarstellungen vor der Ratifizierung herbeiführen.

Parlamentarische Entscheidungshoheit

Mit Blick auf die regulatorische Kooperation zur Anpassung von Normen und Standards hat die SPD die Erwartung, dass hierdurch der politische Gestaltungsspielraum von Parlamenten und Regierungen nicht eingeschränkt werden darf.

Schutz der Arbeitnehmerrechte

Besonders wichtig sind der Schutz der Arbeitnehmerrechte und die Einhaltung der Kernarbeitsnormen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO). Die Erwartung der SPD an Kanada ist, die vollständigen ILO-Kernarbeitsnormen zu ratifizieren.

Durchsetzung von Sozial- und Umweltstandards

Die Sicherung des hohen europäischen Verbraucherstandard muss gewährleistet sein. Das Vorsorgeprinzip muss in CETA nochmals ausdrücklich bekräftigt werden. Demnach kann für Produkte und Lebensmittel der Marktzugang verweigert werden, wenn aufgrund wissenschaftlicher Risikobewertung begründeter Anlass zur Besorgnis besteht, dass negative Folgen für die Gesundheit eintreten könnten.

Schutz der Daseinsvorsorge

Der Schutz der Daseinsvorsorge hat für die SPD höchste Bedeutung und muss umfassend gewährleistet sein. Für viele Dienstleistungsbereiche werden in CETA vielfältige Schutzregeln formuliert. Allerdings findet in CETA eine Negativliste Anwendung, d.h. es müssen Verpflichtungen zur Marktöffnung für Dienstleistungen, mit Ausnahme der auf der Liste aufgeführten Dienstleistungen eingegangen werden. Die SPD plädiert für einen Positivkatalog, um unkontrollierte Liberalisierungen zu verhindern und die Bereiche der Daseinsvorsorge zu schützen.



Stellungnahme des Bundestages – der weitere Fahrplan

Der Bundestag hat die Bundesregierung in einem am 22. September angenommenen Antrag aufgefordert, sich für weitere Verbesserungen im Handelsabkommen mit Kanada (CETA) einzusetzen (**Drucksache Nr. 18/9663**).

Das Parlament spricht sich mehrheitlich dafür aus, im Rat der Europäischen Union den Weg zu eröffnen, das Europäische Parlament und die nationalen Parlamente intensiv mit Ceta zu befassen und weitere Verbesserungen in rechtsverbindlichen Erklärungen mit Kanada festzuhalten. Zudem beschließt der Bundestag, dass die Teile des Abkommens, die in die alleinige Zuständigkeit der EU fallen, nicht ohne Zustimmung des Europäischen Parlaments vorläufig in Kraft treten dürfen. Die übrigen Teile, in denen nationalstaatliche Kompetenzen berührt sind, dürfen nicht vorläufig angewendet werden. Ceta darf vollständig erst dann in Kraft treten, wenn auch alle nationalen Parlamente grünes Licht gegeben haben.

Aus Sicht der SPD-Fraktion gibt es noch offene Punkte und Fragen, die geklärt werden müssen. Dafür soll nun der Ratifizierungsprozess genutzt werden. Insgesamt ist es bei CETA gelungen, in vielen Bereichen fortschrittlichere Regeln und Standards zu vereinbaren, als dies in bisherigen europäischen und nationalen Handelsabkommen der Fall war. CETA (Comprehensive Economic and Trade Agreement) bietet so die Chance, Standards für künftige faire Handelsabkommen zu setzen.

Ein Beispiel: Auf Initiative von Bundeswirtschaftsminister **Sigmar Gabriel** (SPD) sieht CETA erstmals die Einrichtung eines rechtstaatlich organisierten Investitionsgerichtshofes vor. Damit wird das alte System der privaten Schiedsgerichte überwunden, die sich noch in vielen bilateralen Verträgen der EU-Staaten finden. Es werden transparentere Verfahren geschaffen und zugleich die Rechtsstandards des Investitionsschutzes sehr eng und deutlich präziser und klarer als bisher gefasst. Das ist ein großer Erfolg und setzt Maßstäbe für künftige Abkommen.

Darüber hinaus enthält CETA fortschrittliche Regeln für den Schutz von Arbeitnehmerrechten, Umwelt, Gesundheit und Nachhaltigkeit sowie der öffentlichen Daseinsvorsorge.

Gleichwohl sieht die SPD-Fraktion an einigen Stellen weiteren Verbesserungs- und Klarstellungsbedarf. Deshalb geben die Sozialdemokraten dem Abkommen noch keinen Freifahrtschein. Sie fordern, dass mit Kanada weitere, rechtlich verbindliche Klarstellungen ausgehandelt werden. Das hat die kanadische Regierung in einer Erklärung mit Bundesminister Gabriel auch schriftlich zugesagt.

Hubertus Heil, zuständiger SPD-Fraktionsvize, betont: „CETA setzt Maßstäbe, aber wir sehen noch Klärungsbedarf: bei der wirksamen Umsetzung von Arbeitnehmerrechten, bei der Daseinsvorsorge und beim Vorsorgeprinzip. Es geht um nicht weniger als

darum, Standards zu setzen für die Gestaltung der Globalisierung.“

Voraussichtlich im Herbst beginnen die parlamentarischen Beratungen zur Ratifizierung des Abkommens zunächst im Europäischen Parlament. Dann soll intensiv geprüft werden, ob die Präzisierungen bereits ausreichend sind.

So sieht der weitere CETA-Fahrplan aus:

- Bundeswirtschaftsminister Gabriel bringt in die Beratungen auf EU-Ebene die offenen Punkte und notwendigen Klarstellungen ein, um weitere Beratungen und Nachbesserungen zu erwirken.
- 18.10.2016: Der EU-Ministerrat entscheidet darüber, ob CETA von der EU und den Mitgliedstaaten unterzeichnet werden soll und welche Teile vorläufig in Kraft treten sollen. Die Sozialdemokraten haben durchgesetzt: Ohne Zustimmung des Europäischen Parlaments darf CETA nicht vorläufig angewendet werden. Auch mit Zustimmung des EU-Parlaments kommt eine vorläufige Anwendung nur für Bereiche in Frage, die in die Zuständigkeit der EU fallen. Der Investorenschutz darf keinesfalls vorläufig in Kraft gesetzt werden.
- 27.10.2016: EU-Kanada-Gipfel: Die EU-Kommission, die kanadische Regierung und die EU-Mitgliedstaaten unterzeichnen das Abkommen. Das Treffen kann auch genutzt werden, um weitere Verbesserungen, Präzisierungen und Klarstellungen zu vereinbaren.
- Herbst 2016: Mit der Unterzeichnung des Abkommens beginnt die Stunde der Parlamente. Sie müssen ausführlich beraten und umfassend prüfen, inwieweit CETA die Ansprüche an eine fortschrittliche Handelspolitik erfüllt.
- Zunächst wird das Abkommen an das Europäische Parlament weitergeleitet. Die Sozialdemokraten erwarten, dass das Europäische Parlament die offenen Punkte aufgreift und, wo nötig, weitere Klarstellungen erwirkt. Die Zivilgesellschaft muss in die Beratungen einbezogen werden. Die SPD-Fraktion fordert zudem eine gemeinsame Anhörung von Vertretern des Europäischen Parlaments und der nationalen Parlamente.
- 2017: Eine Entscheidung des Europäischen Parlaments ist frühestens im kommenden Jahr zu erwarten. Mit Zustimmung des EU-Parlaments könnte das um begleitende Klarstellungen verbesserte Abkommen teilweise vorläufig angewendet werden.

Bevor CETA vollständig in Kraft tritt, müssen alle 28 EU-Mitgliedstaaten das Abkommen ratifizieren. In Deutschland setzt das die Zustimmung des Bundestages und des Bundesrates voraus. Der Ratifizierungsprozess dauert voraussichtlich zwei bis vier Jahre. Klar ist: Wenn ein nationales Parlament CETA ablehnt, kann es nicht in Kraft treten.

Beschlüsse zu Sicherheit, Gesundheit, Alleinerziehenden und Mieten

Vor der ersten Sitzungswoche nach der Sommerpause hat sich die SPD-Bundestagsfraktion Anfang September zu einer zweitägigen Klausur getroffen, um ihre Marschrouten für die parlamentarische Arbeit der nächsten Monate festzulegen. Dabei wurden mehrere Beschlüsse gefasst, die wir hier zusammenfassen.

▪ **Öffentliche Sicherheit in Deutschland stärken**

In dem Beschlusspapier fordern die Sozialdemokraten, dass die Polizei personell aufgestockt werden muss, und zwar um mehrere tausend Stellen beim Bund und in den Ländern. Ziel ist es, mehr Prävention und vor allem mehr Polizeipräsenz herzustellen.

Vordringlich ist laut Beschluss eine bessere Ausstattung der Polizei von Bund und Ländern. Insbesondere ihre Informations- und Kommunikationstechnologie muss umfassend modernisiert werden. Grundgesetzänderungen zur Ausweitung des Einsatzes der Bundeswehr im Inneren lehnt die Fraktion strikt ab.

Die Sozialdemokraten setzen sich auch für eine stärkere Justiz ein: Verfahren müssen schneller abgewickelt und Straftaten konsequenter verfolgt werden.

Die SPD-Fraktion fordert nach dem Vorbild des deutschen Gemeinsamen Terrorismusabwehrzentrums ein Anti-Terrorzentrum auf europäischer Ebene, in dem ein koordinierter und regelmäßiger Austausch der Sicherheitsbehörden stattfindet.

Bedeutsam sind laut Papier aber auch wirksame Präventionsmaßnahmen gegen jede Art von Extremismus. Es bedarf der Aufklärung über ideologischen und religiösen Fanatismus, schulischer und politischer Bildung und der flächendeckenden Etablierung von Programmen zur Deradikalisierung.

▪ **Mietrecht sozial gestalten und bezahlbare Wohnungen schaffen**

Mit einer gesetzlichen Verpflichtung von Vermieterinnen und Vermietern, Vormieten offen zu legen, setzt sich die SPD-Fraktion in einem Positionspapier dafür ein, die bestehende Mietpreisbremse zu verbessern. Auch soll ein Rückzahlungsanspruch zukünftig rückwirkend ab Vertragsabschluss gelten, so dass dann sämtliche Rückzahlungsansprüche geltend machen können.

Die bereits beschlossene Erhöhung der Mittel für den sozialen Wohnungsbau auf mehr als 1,5 Milliarden Euro von 2017 an ermöglicht den Ländern, konsequent in den sozialen Wohnungsbau zu investieren. Aber: Der Bedarf nach neuen Wohnungen bleibt absehbar hoch und erfordert auch in Zukunft ein gemeinsames Handeln von Bund, Ländern und Kommunen. Damit die Förderung des sozialen Wohnungsbaus aber nicht nur von der Finanzkraft der Länder und Kommunen abhängig ist, will die Fraktion durch eine Änderung des Grundgesetzes erreichen, dass der Bund die Kompetenz erhält, auch nach 2019 die soziale Wohnungspolitik mitzugestalten.

▪ **Mehr Unterhaltsvorschuss für Alleinerziehende, Schluss mit der Teilzeitfalle**

Obwohl Alleinerziehende Enormes leisten, meist erwerbstätig und gut ausgebildet sind, haben sie in Deutschland ein sehr hohes Armutsrisiko. Zusätzlich zu den zahlreichen Maßnahmen, die die SPD-Fraktion bereits in den letzten Jahren für Familien – und speziell für Alleinerziehende – umgesetzt hat, wollen die SPD-Abgeordneten noch bis zum Ende dieser Legislaturperiode unter anderem den Unterhaltsvorschuss für Alleinerziehende deutlich ausweiten – die Altersgrenze des Kindes für den staatlichen Vorschuss soll von jetzt zwölf auf 18 Jahre angehoben werden. Darüber hinaus sollen getrennt lebende Eltern, die Hartz-IV-Leistungen erhalten und im Wechsel ihre Kinder betreuen, einen Umgangsmehrbedarf bekommen. Die Fraktion fordert dem Papier zufolge außerdem einen Anspruch auf befristete Teilzeit und damit einhergehend ein Rückkehrrecht zur früheren Arbeitszeit.

▪ **Paritätische Finanzierung der Gesetzlichen Krankenkassen**

Die Krankenkassen sollen in Zukunft wieder paritätisch je zur Hälfte von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern sowie Arbeitgeberinnen und Arbeitgebern getragene Beiträge erhalten. So steht es in dem entsprechenden Beschluss. Sie wollen die Rückkehr zur paritätischen und solidarischen Finanzierung in der gesetzlichen Krankenversicherung – für eine gleiche und gerechte Beitragsbelastung von Arbeitgebern und Arbeitnehmern!

▪ **Für eine soziale Innovationspolitik**

Die bisher praktizierte Innovationspolitik in Deutschland geht von einem rein technischen Innovationsverständnis aus, das soziale Innovationen außen vor lässt. Die SPD-Fraktion will das nun ändern. In den letzten Jahren hat sich bislang vor allem in Großstädten eine junge, vitale Szene etabliert, die sozial orientiert ist und mit unternehmerischen Mitteln soziale Probleme löst – aber kaum staatliche Förderung bekommt. Die Sozialdemokraten wollen dem Beschlusspapier zufolge diese „Social Startups“ im Rahmen der Gründungs- und Wachstumsförderung ebenso fördern wie „normale“ Startups. Auch wollen sie den Aufbau entsprechender Gründerzentren und Inkubatoren (Kompetenzzentren) mit einem speziellen Förderprogramm unterstützen.

#Kreativpakt – eine erste Bilanz

Veranstaltung der SPD-Bundestagsfraktion



Am 9. September folgten rund 100 Gäste der Einladung der SPD-Bundestagsfraktion, um eine erste Bilanz des „#Kreativpaktes“ zu ziehen, der nach wie vor ein zentrales kulturpolitisches Anliegen des SPD ist.

Mit dem #Kreativpakt haben sich Kreative, Künstlerinnen und Künstler und die Politik verpflichtet, gemeinsam bessere Rahmenbedingungen für künstlerisches und kreatives Schaffen zu finden.



2009 haben Filmemacher **Pepe Danquart**, DJ **Paul van Dyk**, Musikproduzent **Tim Renner**, Blogger **Sascha Lobo** und andere Kreative den Anstoß für den Kreativpakt gegeben. **Frank-Walter Steinmeier** hat den Impuls aufgegriffen, 2012 wurde er unterzeichnet. Aus einem gemeinsamen Arbeitsprozess heraus, hat die SPD die Forderungen des Kreativpaktes dann in den gegenwärtigen Koalitionsvertrag eingebracht.

In seiner Begrüßung zu Beginn der Veranstaltung zog **Martin Dörmann** eine erste positive Bilanz. Auch wenn noch nicht alles umgesetzt werden konnte: die SPD habe zusammen mit der Bundesregierung – die meisten der Themen des Kreativpaktes wurden in SPD-geführten Ministerien aufgegriffen – bessere Bedingungen für kreatives Schaffen in unserem Land geschaffen. Er zählte hierzu einige Beispiele auf, etwa die

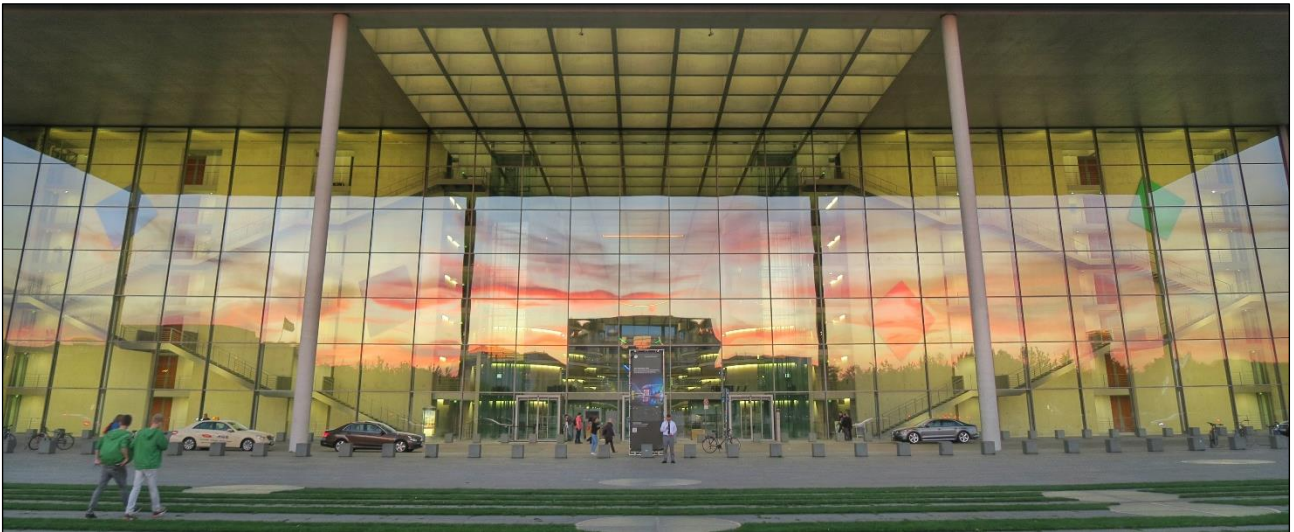
Stabilisierung der Künstlersozialkasse, Programme des Wirtschaftsministeriums zur Förderung der Kreativbranche oder auch den forcierten Breitbandausbau. Ein wichtiges aktuelles Projekt sei die Reform des Urhebervertragsrechts. Aufbauend auf dem Entwurf zum Urhebervertragsrechts von Bundesjustizminister **Heiko Maas** (BMJV) wolle die SPD-Fraktion mehr Verbesserungen für Kreative erreichen. Er verwies auf das entsprechende Thesenpapier des Arbeitskreises Urheberrecht der Fraktion.

Durch den Nachmittag führte die Journalistin und Moderatorin **Tanja Samrotzki**. Für die SPD-Fraktion waren u. a. **Lars Klingbeil**, MdB, Sprecher der AG Digitale Agenda, und **Siegfried Ehrmann**, MdB, Vorsitzender des Bundestagsausschusses für Kultur und Medien, dabei. In Diskussionsrunden und mit externem Input wurden mehrere Themen aufgegriffen.



Die Künstlerin **Heike-Melba Fendel** sowie der Kolumnist **Nico Lumma** sagten, die Politik brauche visionäre Ideen und Räume und Kunst brauche ein ganzheitliches Verständnis. Berlins Staatssekretär für Kultur Prof. **Tim Renner** zog das Fazit: „Mischt Euch ein! Vernetzt Euch!“.





Mehr Selbstbestimmung für Menschen mit Behinderung

Beratungen zum Bundesteilhabegesetz

Das Bundesteilhabegesetz ist eine der großen sozialpolitischen Reformen in dieser Legislaturperiode. Den Gesetzentwurf der Bundesregierung (**Drucksache 18/9522**) hat der Deutsche Bundestag am 22. September in 1. Lesung beraten.

Kern des Bundesteilhabegesetzes ist, dass die Eingliederungshilfe aus dem „Fürsorgesystem“ der Sozialhilfe ausgegliedert wird. Die Eingliederungshilfe soll Menschen mit Behinderungen oder von Behinderung bedrohten Menschen helfen, sich in die Gesellschaft einzugliedern und die Behinderung und deren Folgen zu beseitigen oder zu mildern. Die Eingliederungshilfe wird im Sozialgesetzbuch IX (SGB IX) verankert.

Mit dem Bundesteilhabegesetz wird die Behindertenrechtskonvention der Vereinten Nationen (UN-BRK) weiter umgesetzt. Die UN-Konvention fordert als internationales Übereinkommen die Inklusion, also die gleichberechtigte Teilhabe aller Menschen am gesellschaftlichen Leben. Inklusion ist somit ein Menschenrecht. Der Entwurf des Bundesteilhabegesetzes ist gemäß dem Grundsatz der UN-BRK „Nichts über uns ohne uns“ im engen Dialog mit Betroffenenorganisationen vom Bundesministerium für Arbeit und Soziales erarbeitet worden. Er stellt die Person in den Mittelpunkt, damit Menschen mit Behinderungen die Unterstützung bekommen, die sie für ein selbstbestimmtes Leben brauchen.

Mehr ermöglichen – weniger behindern

Bundessozialministerin **Andrea Nahles** (SPD) stellte in der Debatte klar, dass es wichtig sei, ein bundeseinheitliches Gesetz für eine bessere Teilhabe von Menschen mit Behinderungen zu schaffen. Damit werde eine gute Basis für die Zukunft gelegt. „Wir können es schaffen, mehr möglich zu machen und weniger zu behindern“, bekräftigte Nahles. Sie bezeichnete das Bundesteilhabegesetz als Quantensprung: „Es geht nicht mehr um Politik für Menschen mit Behinderungen, sondern um Politik mit Menschen mit Behinderungen“.

Die Bedenken, die es gegenüber dem Bundesteilhabegesetz seitens der Betroffenen und ihrer Angehörigen gebe, nehme die SPD-Fraktion ernst, betonte SPD-Fraktionsvizein **Carola Reimann**. Sie versicherte: „Es wird keine Verschlechterungen für Betroffene geben.“ Reimann hob hervor, dass durch die unabhängige Beratung von Betroffenen durch Menschen mit Behinderungen die Leistungsberechtigten stärker als Experten in eigener Sache wahrgenommen würden. So werde mehr mit ihnen, anstatt über sie geredet.

Die Beauftragte für die Belange von Menschen mit Behinderungen der SPD-Fraktion, Kerstin Tack, machte in der Debatte deutlich, dass die SPD-Fraktion in der parlamentarischen Beratung Verbesserungen erzielen wolle. Dazu gehöre es, die Schnittstelle zwischen Eingliederungshilfe, Hilfe zur Pflege und der Pflegekassen ordentlich zu regeln. Des Weiteren werde es darum gehen, dass Menschen mit geistiger Behinderung auch mehr vom Einkommen behalten und mehr Vermögen bilden können sollten. Außerdem werde die SPD-Fraktion ihr Augenmerk auf die Bildung lenken. Zentral sei auch, dass Menschen mit Behinderungen selbst entscheiden könnten, wo und wie sie leben.

Drohender Behinderung entgegenwirken

Mit dem Bundesteilhabegesetz sollen die Träger von Rehabilitationsmaßnahmen wie die Bundesagentur für Arbeit oder die gesetzliche Rentenversicherung verpflichtet werden, drohende Behinderungen frühzeitig zu erkennen und gezielte Prävention zu ermöglichen. Ziel ist, die Erwerbsfähigkeit zu erhalten. Um das zu unterstützen, wird der Bund Modellvorhaben mit den Jobcentern und der gesetzlichen Rentenversicherung befristet auf fünf Jahre finanziell fördern. Dabei wird geprüft, mit welchen Maßnahmen einer drohenden Behinderung entgegengewirkt werden kann.

Bezieherinnen und Bezieher der Eingliederungshilfe sollen deutlich mehr von ihrem eigenen Einkommen

behalten können. Ab 2017 sollen die Freibeträge für Erwerbseinkommen um bis zu 260 Euro monatlich erhöht werden. Die Vermögensfreigrenze soll um 25.000 Euro erhöht werden. Sie liegt dann bei 27.600 Euro. Bis 2020 wird die Freigrenze für Barvermögen auf rund 50.000 Euro angehoben werden. Ehegatten und Lebenspartner werden künftig weder mit ihrem Einkommen noch mit ihrem Vermögen herangezogen. Diese Verbesserungen gelten auch beim gleichzeitigen Bezug von Eingliederungshilfe und Hilfe zur Pflege, wenn die betroffene Person erwerbstätig ist. Auch Beschäftigten in einer Werkstatt für behinderte Menschen (WfbM) wird künftig ein geringerer Teil ihres Arbeitsentgeltes auf die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung angerechnet.

Leistungen wie aus einer Hand

Künftig soll ein einziger Reha-Antrag ausreichen, um ein umfassendes Prüf- und Entscheidungsverfahren zu starten, auch wenn Sozialamt, Rentenversicherung, Bundesagentur für Arbeit, Unfall-, Kranken- und Pflegeversicherung für unterschiedliche Leistungen zuständig bleiben. Es wird nicht mehr nötig sein, sich mit verschiedenen Behörden auseinandersetzen zu müssen, denn es wird Hilfen wie aus einer Hand geben. Dabei steht die Unterstützung, die jemand benötigt, im Vordergrund. Dazu ist eine trägerübergreifende und unabhängige Teilhabeberatung vorgesehen, die beitragen soll, dass Betroffene ihre Rechte besser wahrnehmen können. In den Beratungsstellen soll auch die sogenannte „Peer-Counseling-Methode“ angewandt werden. Das bedeutet Beratung von Menschen mit Behinderungen durch Menschen mit Behinderungen. Das Angebot soll auf bestehenden Strukturen aufsetzen.

Mehr Teilhabe durch Arbeit und Bildung

Menschen mit Behinderungen sollen wählen können, ob sie in einer WfbM, bei einem anderen Leistungsanbieter oder auf dem ersten Arbeitsmarkt arbeiten

wollen. Mit dem „Budget für Arbeit“ werden Arbeitgeber unterstützt, wenn sie Menschen mit wesentlicher Behinderung beschäftigen. Sie erhalten dann Lohnkostenzuschüsse von bis zu 75 Prozent. Ergänzend dazu werden die Kosten für die notwendige Anleitung und Begleitung an der Arbeitsstelle übernommen. Außerdem wird die Teilhabe an Bildung eine eigene Reha-Leistung. Somit können Assistenzleistungen für höhere Studienabschlüsse wie ein Masterstudium oder in bestimmten Fällen eine Promotion ermöglicht werden.

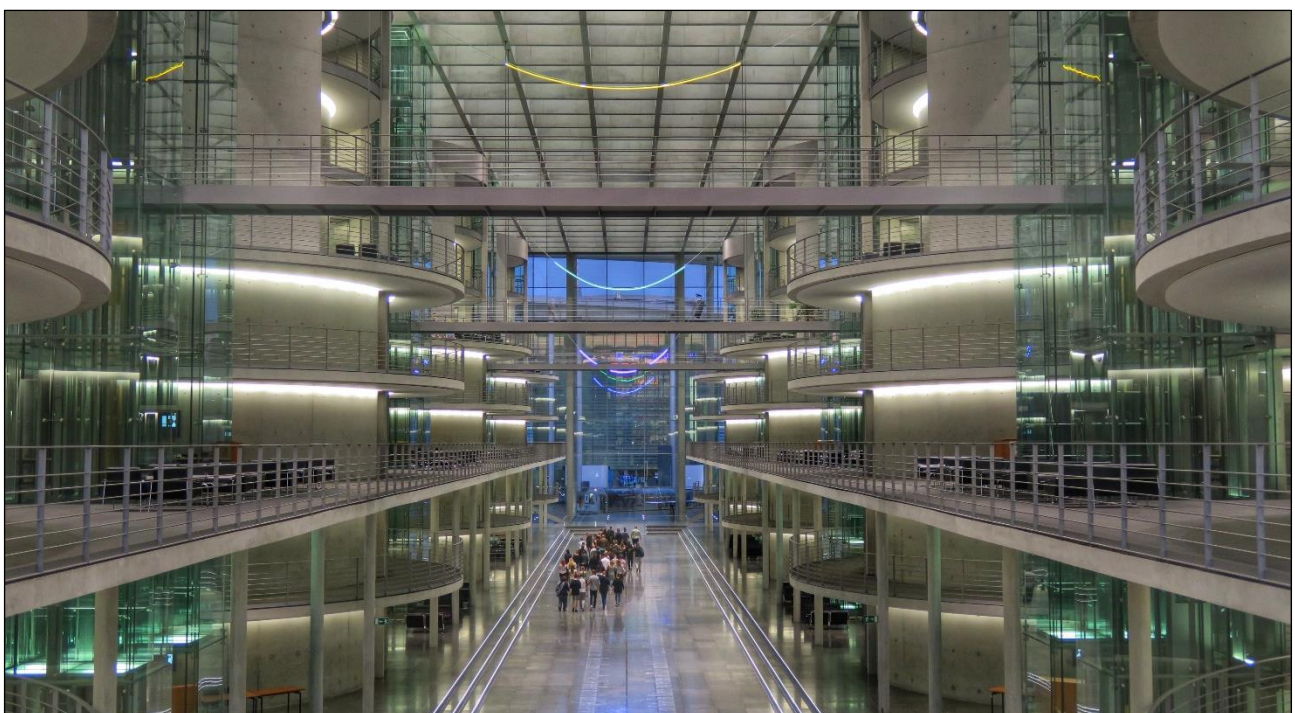
Mit der Elternassistenz erhalten Eltern mit Behinderungen einen Anspruch auf erforderliche Leistungen bei der Versorgung und Betreuung ihrer Kinder.

Mehr Mitbestimmung und Vertretungsrechte

Die Schwerbehindertenvertretungen in Unternehmen werden gestärkt. Sie erhalten mehr Ansprüche auf Freistellungen und Fortbildungen. Auch die Werkstatträte in den WfbM erhalten mehr Rechte. Für besonders wichtige Angelegenheiten wie Entlohnungsgrundsätze hat der Werkstattrat künftig ein Mitbestimmungsrecht. Zudem werden ab Herbst 2017 Frauenbeauftragte in den WfbM gewählt. Sie vertreten die Anliegen der weiblichen Beschäftigten.

Leistungen gemeinsam in Anspruch nehmen – Pools

Es ist vorgesehen, dass bestimmte Leistungen für eine Gruppe von Menschen mit Behinderungen zusammengelegt werden können (Pools), wie die Beförderung über einen Fahrdienst. Damit wird sowohl die Wirtschaftlichkeit der Leistungen im Auge behalten, aber es werden auch Leistungsangebote geschaffen, die für Einzelpersonen gar nicht erbracht werden könnten. Das Poolen soll nur dann zum Zuge kommen, wenn es den Betroffenen zuzumuten ist. Das für die Eingliederungshilfe geltende individuelle Bedarfsdeckungsprinzip wird durch das Poolen nicht eingeschränkt.



Bundestag berät Gesetzentwurf

Auf Initiative der Sozialdemokraten haben SPD und Union in ihrem Koalitionsvertrag vereinbart, den Missbrauch von Leiharbeit und Werkverträgen zu bekämpfen. Mitte September hat der Bundestag den Gesetzentwurf der Bundesregierung zur Änderung des Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes (**Drucksache 18/9232**) in 1. Lesung beraten.

Seit einigen Jahren nutzen Arbeitgeber Leiharbeit und Werkverträge verstärkt dazu, Belegschaften zu spalten und Lohndumping zu betreiben. Rund eine Million Menschen sind derzeit als Leiharbeiterinnen und -nehmer beschäftigt. Sie erhalten oft weniger Lohn als die Stammbesellschaft, haben schlechtere Arbeitsbedingungen und weniger Rechte. Es gibt Leiharbeiter, die bis zu zehn Jahre in demselben Entleih- bzw. Einsatzbetrieb arbeiten. Zudem weichen Arbeitgeber immer häufiger auf missbräuchliche Werkvertragskonstruktionen aus, um Leiharbeit zu umgehen und den eigenen Profit zu erhöhen.

Bundesarbeitsministerin **Andrea Nahles** sagte am Donnerstag im Bundestag: „Gute Arbeit und Zusammenhalt machen unser Land stark“. Deshalb sei es nicht hinnehmbar, wenn Arbeit durch missbräuchliche Leiharbeit und Werkverträge entwertet werde.

Markus Paschke machte als zuständiger SPD-Berichtserstatter deutlich: „Kollegen, die in Leiharbeit arbeiten, erwarten, dass wir sie schützen“. Bessere Regelungen für Leiharbeit und Werkverträge seien notwendig, und dabei sei der Gesetzentwurf ein guter Schritt. Missbrauch von Leiharbeit und Werkverträgen werde künftig auch schärfer bestraft. Außerdem stärke der Gesetzentwurf die Tarifbindung.

Der SPD-Abgeordnete **Willi Brase** verwies darauf, dass vor allem der Ausbeutung in der Fleischindustrie mit den neuen Regelungen ein Riegel vorgeschoben werde.

Leiharbeit und Werkverträge auf ihren Zweck zurückführen

Ziel ist es, Leiharbeit und Werkverträge wieder auf ihren eigentlichen Zweck zurückzuführen: Denn Leiharbeit ist ein flexibles Instrument für Unternehmen, um Auftragsspitzen abarbeiten und zeitlich begrenzte Personalengpässe z. B. durch längere Krankheit eines Beschäftigten überwinden zu können. Und Werkverträge sind dazu da, die Herstellung von Werken wie die Programmierung einer Software oder das Anstreichen von Büroräumen, die nicht vom Unternehmen selbst erbracht werden können, per Werkvertrag an ein anderes Unternehmen zu vergeben.

Der Gesetzentwurf sieht im Kern vor, dass Leiharbeiter künftig nach neun Monaten für die gleiche Arbeit den gleichen Lohn erhalten müssen wie die

Stammbesellschaft – auch Equal Pay genannt. Zudem soll eine Höchstüberlassungsdauer von 18 Monaten gelten. Wird diese überschritten, muss der Leiharbeiter in ein Normalarbeitsverhältnis im Einsatzbetrieb übernommen werden. Damit soll dem dauerhaften Einsatz von Leiharbeitskräften entgegengewirkt werden. Bei der Höchstüberlassungsdauer und Equal Pay werden zwei Überlassungen an denselben Entleihbetrieb zusammengerechnet, wenn die Unterbrechungen nicht länger als drei Monate dauern.

Vom gleichen Lohn nach neun Monaten kann nur abgewichen werden, wenn ein Branchenzuschlagstarif besteht. Dieser muss bereits nach sechs Wochen eine stufenweise Lohnerhöhung vorsehen, und spätestens nach 15 Monaten muss ein Lohn erreicht werden, der mit dem tarifvertraglichen Arbeitsentgelt eines vergleichbaren Arbeitnehmers in der Einsatzbranche übereinstimmt. Auch für die Höchstüberlassungsdauer gilt: Es kann nur auf Grundlage von Tarifverträgen oder Betriebsvereinbarungen von den 18 Monaten abgewichen werden.

Leiharbeiter dürfen nicht als Streikbrecher in Unternehmen eingesetzt werden.

Der Werkvertragsseinsatz wird durch Stärkung der Informationsrechte von Betriebsräten transparenter. Betriebsräte müssen über die vertragliche Gestaltung des Einsatzes von Fremdpersonal informiert werden. Außerdem können Scheinwerkverträge künftig nicht mehr durch eine so genannte Vorratsverleiherlaubnis nachträglich legitimiert werden.

Mehr Rechtssicherheit gibt es durch die gesetzliche Klarstellung des Arbeitnehmerbegriffs anhand allgemeiner Grundsätze, wie sie von der Rechtsprechung seit vielen Jahren entwickelt worden sind. Dadurch können abhängig Beschäftigte und Selbstständigkeit eindeutiger voneinander abgegrenzt werden.

Gesetzentwurf ist ein erster wichtiger Schritt

Die neuen gesetzlichen Regelungen helfen verantwortungsvoll handelnden Unternehmen, deren Flexibilität nicht eingeschränkt wird. Sie richten sich vielmehr gegen die schwarzen Schafe, die die bisherigen Regeln missbraucht haben.

Für die SPD-Bundestagsfraktion sind die Regelungen ein erster wichtiger Schritt zur Bekämpfung des Missbrauchs von Leiharbeit und Werkverträgen. Die Sozialdemokraten hätten gern weiterreichende Kriterien durchgesetzt, zum Beispiel Equal Pay früher als nach neun Monaten oder die Einführung einer Beweislastumkehr bei missbräuchlichen Werkverträgen. Das war aber mit der CDU/CSU-Fraktion nicht machbar.

Projektgruppen der SPD stellen Dialogpapiere vor

In den kommenden Jahren steht Deutschland vor neuen Herausforderungen: Die Digitalisierung, die Globalisierung, der demographische Wandel oder auch die Bedrohung der inneren und äußeren Sicherheit verändern die Art und Weise, wie wir künftig leben, lernen und arbeiten. Für den Einzelnen wie auch für die Wirtschaft entstehen enorme Chancen, aber auch Risiken. Klar ist: Dieser Wandel lässt sich gestalten. Dank der sozialdemokratischen Reformen können wir diese neuen Gerechtigkeitsfragen aus einer Position der wirtschaftlichen Stärke heraus beantworten.

In sechs Projekten wird dabei nach Lösungen für die Herausforderungen von morgen gesucht. Dabei setzt die SPD-Fraktion auf einen breit angelegten Dialog mit Fachleuten, Organisationen und Bürgerinnen und Bürgern.

Projektgruppe #NeueZeiten

Die Anforderungen an Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ändern sich immer schneller, die Digitalisierung sprengt klassische Arbeitszeitmodelle – daraus drohen Unsicherheiten und Dauerstress. Die Projektgruppe will eine neue Balance beruflicher Flexibilität und ausreichend Planbarkeit für Privatleben und Familie erarbeiten.

Bisher erschienene Dialogpapiere der Projektgruppe:
www.spdfraktion.de/fraktion/projekt-zukunft/neuezeiten

Projektgruppe #NeueChancen

Die Arbeit der Menschen muss mehr wertgeschätzt werden und es bedarf mehr Bildungschancen. Bildungsförderung in einem sozial gerechten System muss das Ziel sein. Hierzu lotet die Projektgruppe aus, wie sich mehr Unterstützung für nicht akademische Berufe und die Berufsausbildung generieren lässt.

Bisher erschienene Dialogpapiere der Projektgruppe:
www.spdfraktion.de/fraktion/projekt-zukunft/neuechancen

Projektgruppe #NeueErfolge

Innovationen können das Leben spürbar verbessern und den Wohlstand sichern. Dazu muss man daran arbeiten, die Bedingungen für High Tech und neue Geschäftsmodelle Made in Germany zu verbessern. Die Projektgruppe will herausfinden wie sich Innovationstreiber früher identifizieren lassen und neue Technologien als Chance für die Lebenswelt wahrgenommen werden.

Bisher erschienene Dialogpapiere der Projektgruppe:
www.spdfraktion.de/fraktion/projekt-zukunft/neueerfolge

Projektgruppe #NeuesMiteinander

Ohne Einwanderung wäre Deutschland wirtschaftlich und kulturell ärmer. Die SPD-Fraktion trägt dem Rechnung und plädiert für ein modernes Einwanderungsgesetz, das das bestehende Regelungsgestrüpp anpasst und vereinigt. Einwanderung lässt sich aber nur gemeinsam mit der Gesellschaft gestalten. Deshalb bedarf es Regelungen für unser Zusammenleben. Die Projektgruppe erarbeitet Antworten, wie ein modernes Einwanderungsrecht aussehen muss, das zugleich die Interessen der hier lebenden Arbeitenden schützt.

Bisher erschienene Dialogpapiere der Projektgruppe:
www.spdfraktion.de/fraktion/projekt-zukunft/neues-miteinander

Projektgruppe #NeuerZusammenhalt

Die Einheitsfrage stellt sich inzwischen neu, nicht mehr nur zwischen Ost und West, sondern quer durchs Land. Die Schere zwischen prosperierenden und notleidenden Kommunen geht weit auseinander. Deutschlands Stärke liegt jedoch im solidarischen Ausgleich zwischen den Regionen. Darum arbeitet die Projektgruppe daran, den regionalen Fliehkräften entgegenzuwirken.

Bisher erschienene Dialogpapiere der Projektgruppe:
www.spdfraktion.de/fraktion/projekt-zukunft/neuer-zusammenhalt

Projektgruppe #NeueLebensqualität

Die Möglichkeit, gut leben zu können, sollte nicht vom Geldbeutel oder dem sozialen Status abhängen. Dazu gehören bezahlbarer Wohnraum, jederzeit erreichbare Gesundheitsversorgung und gute Umweltbedingungen. Die Projektgruppe denkt deshalb über Schritte nach, gesunde und nachhaltige Lebensweisen zu etablieren, bezahlbare und hochwertige Lebensmittel allen zur Vergütung stellen zu können und verantwortungsvollen Konsum nicht als Luxusthema zu begreifen.

Bisher erschienene Dialogpapiere der Projektgruppe:
www.spdfraktion.de/fraktion/projekt-zukunft/neuelebensqualitaet



Projektgruppe der SPD-Fraktion legt Abschlussbericht vor

Nach gut zweieinhalb Jahren hat die von **Martin Dörmann** und **Lars Klingbeil** geleitete Fraktionsprojektgruppe zur Reform der Medien- und Kommunikationsordnung in Deutschland ihre Arbeit beendet und einen Abschlussbericht vorgelegt.

Diese hatte die im Koalitionsvertrag angeregte Bund-Länder-Kommission zur Medienkonvergenz erfolgreich begleitet und u. a. im Rahmen von Dialogveranstaltungen den Austausch mit Expertinnen und Experten aus Wirtschaft, Politik, Wissenschaft und Gesellschaft gefördert. Mit dem nun vorliegenden Abschlussbericht der Bund-Länder-Kommission wurde auch die Arbeit der Fraktionsprojektgruppe eingestellt.

Mitglieder der Projektgruppe waren folgende Fraktionsmitglieder: Martin Dörmann und Lars Klingbeil (Leitung), Klaus Barthel, Michaela Engelmeier, Saskia Esken, Christian Flisek, Metin Hakverdi, Michael Hartmann, Dirk Heidenblut, Marcus Held, Gabriele Hiller-Ohm, Matthias Ilgen, Steffen-Claudio Lemme, Jeannine Pflugradt, Gerold Reichenbach, Stefan Schwartze und Svenja Stadler.

Inhaltlich ging es darum, die Instrumente der Medienregulierung an den Schnittstellen von Medien-, Wettbewerbs- und Telekommunikationsrecht einer Prüfung zu unterziehen. Der digitale Wandel schafft neue Möglichkeiten und ökonomische Potenziale. Die Veränderung von Kommunikationsformen, Zugangsmöglichkeiten und Finanzierungsmodellen bleibt aber nicht ohne Folgen für die rechtlichen und organisatorischen Regeln, nach denen mediale Inhalte verbreitet werden. So stellen sich angesichts neuer Internetplattformen, der zunehmenden Marktmacht weltweit agierender digitaler Konzerne und der gewachsenen Bedeutung von Intermediären wie Suchmaschinen oder sozialen Netzwerken zahlreiche Fragen.

Zur Vorbereitung der inhaltlichen Arbeit hat die Fraktion 2014 eine umfangreiche Branchenbefragung zu Reformbedarfen durchgeführt. Darauf folgten sechs Dialogveranstaltungen zu den Themenschwerpunkten der Bund-Länder-Arbeitsgruppen. Die Befragung und die Diskussionen flossen in die Arbeit der Bund-Länder-Kommission ein.

Für die SPD-Bundestagsfraktion ist die Vielfaltssicherung ein zentrales Leitmotiv ihrer Medienpolitik in der digitalen Welt. Einseitige Verteilung von Meinungsmacht und Dominanz bei der Verbreitung von

Inhalten soll verhindert und Anreize für eine vielfältige Angebotsstruktur geschaffen werden, aus denen die Nutzerinnen und Nutzer selbstbestimmt auswählen können.

Journalistisch-redaktionell aufbereitete Inhalte müssen publiziert werden können und diskriminierungsfrei auffindbar bleiben. Die SPD will sicherstellen, dass auch die digitale Gesellschaft eine offene, demokratische und plurale Gesellschaft ist.

Denn wie unsere Medien- und Kommunikationsordnung in Zukunft aussehen wird, hat nicht nur Auswirkungen auf Geschäftsmodelle und Arbeitsplätze, sondern vor allem auch darauf, wie Öffentlichkeit der digitalen Gesellschaft hergestellt wird und wie der demokratische Willensbildungsprozess beeinflusst werden kann. Dies ist eine gesellschaftspolitische Herausforderung.

Der Abschlussbericht der Bund-Länder-Kommission enthält hierfür Anpassungsvorschläge. Er nennt

gesetzlichen Änderungsbedarf etwa bei der Zusammenarbeit der Kartell- und Ländermedienaufsicht zur Sicherung der Medienvielfalt, die mit der kommenden GWB-Novelle bzw. in den Länderstaatsverträgen umgesetzt werden sollen. Auch beim Jugendmedienschutz soll es einen Einstieg in eine materiell-rechtliche Kohärenz unabhängig vom Verbreitungsweg geben, die sich am hohen Niveau des Jugendschutzgesetzes orientiert. In den Bereichen audiovisuelle Mediendienste, Plattformen und Intermediäre konnten bereits gemeinsame Positionen nach Brüssel übermittelt werden, um in die dortigen Konsultationsverfahren einzufließen.

Verankert wurden damit Positionen zu diskriminierungsfreien und verbraucherfreundlichen Zugängen, Transparenz bei der Auffindbarkeit von Inhalten oder auch Vorgaben etwa zur Hassrede oder Werbung im Internet. In anderen Bereichen, etwa bei den Themen Mediaagenturen oder Ad-Blockern wird der Dialog weitergehen.

Jenseits der konkreten Änderungsvorschläge liegt der besondere Wert des zweijährigen Prozesses vor allem in der Schaffung beispielgebender Kommunikation und Abstimmung zwischen Bund und Ländern. Zudem hat die notwendige Positionsfindung auf allen Seiten den medienpolitischen Diskurs in Deutschland nachhaltig geschärft.





Dialog über Angriffe gegen Journalisten

RTL-Moderator **Peter Kloeppe** und DJV-Vorsitzender **Frank Überall** kamen zu einem Austausch mit den medienpolitischen SprecherInnen der Fraktionen im Bundestag. Hintergrund waren verbale und physische Angriffe, insbesondere bei Pegida-Demonstrationen. Pressefreiheit ist eine zentrale Voraussetzung für eine funktionierende Demokratie!



Bundesförderung für Kölner Kirchenorgel

Der Bund fördert die Orgel der gotischen Kirche Sankt Peter mit 100.000 Euro. Den Antrag hatte **Martin Dörmann** aktiv unterstützt: „Die Kunst-Station St. Peter als international renommiertes Zentrum für Gegenwartskunst und zeitgenössische Musik wird damit deutlich gestärkt.“



Soziale Absicherung von Kreativen

Arbeits- und Sozialministerin **Andrea Nahles** war im September zu Gast in der Fraktions-Arbeitsgruppe für Kultur und Medien. Gemeinsames Ziel ist es, die soziale Absicherung von Kreativen zu verbessern.



Gespräch mit Personalräten der Deutschen Welle

Über die weiteren Perspektiven der Deutschen Welle sprach Martin Dörmann in Bonn mit der Gesamtpersonalratsvorsitzenden **Ayse Tekin** und den örtlichen Personalratsvorsitzenden **Klaus Enderle** (Berlin) und **Daniel Scheschke** (Bonn).



Parlamentarischer Abend des Köln Bonn Airport

Zum Parlamentarischen Abend des Köln Bonn Airport im Reichstag kamen viele Gästen aus Politik und Wirtschaft. Martin Dörmann hielt die Begrüßungsrede. Es folgten Umwelt-Staatssekretär **Gunther Adler** und Flughafenchef **Michael Garvens**. Mit dabei: **Kurt Bodewig**, seit April Vorsitzender des Aufsichtsrates. Der Flughafen kann sich über deutlich wachsende Passagierzahlen freuen, tut viel für Lärmschutz und zeichnet sich durch Transparenz sowie einen guten Bürgerdialog aus.

Vielfalt und Qualität des Journalismus stärken

Wer den Medienwandel als Chance nutzen will, muss sorgfältigen Journalismus stärken und hierfür nachhaltige Geschäftsmodelle entwickeln. Es geht dabei auch um die Stabilisierung unserer Demokratie und Orientierung in einer komplexen Welt.

Wir leben im Zeitalter der Beschleunigung. Digitalisierung, gesellschaftliche Umbrüche und Krisen, deren Wirkungen zunehmend global sind, stellen uns alle in immer kürzeren Abständen vor neue Herausforderungen. Eine Welt der Veränderungen und Informationsüberflutung verunsichert viele Menschen. Medien, die abbilden und wiedergeben, was ist, zugleich aber auch kommentierend einordnen und damit Orientierung anbieten, sind also wichtiger denn je.

Auch wenn es exzellente digitale oder trimediale Angebote gibt, werden die Medien als Ganzes den gewachsenen Anforderungen bislang nur unzureichend gerecht. Durch das Internet und die dort zumeist kostenlos abzurufenden Informationen sind bewährte Geschäftsmodelle ins Wanken geraten. Die Zeiten langfristiger Kundenbindungen und traumhafter Renditen sind vorbei. Das gilt namentlich für Tageszeitungen, die von grundlegender Bedeutung für die demokratische Willensbildung sind. Diese Funktion ist noch nicht verschwunden - aber deutlich gesunken.

Die Möglichkeiten, durch sorgfältigen Journalismus im Netz Geld zu verdienen, sind bislang noch nicht in gleicher Weise gewachsen. Der ökonomische Druck verleitet viele Titel zu Einsparungen: Redaktionen werden zusammengelegt, Recherchemöglichkeiten abgebaut und Verdienstmöglichkeiten von JournalistInnen beschränkt. Damit ist ein Verlust an journalistischer Qualität und Vielfalt verbunden. Viele „freie“ MitarbeiterInnen großer Zeitungen verdienen nicht einmal auf Höhe des Mindestlohns, insgesamt sind die Arbeitsverhältnisse zu oft unsicher. Das bleibt nicht ohne Auswirkung auf den Faktencheck und die Tiefe der Analyse. Auch der Nachwuchs überlegt sich inzwischen gründlich, ob man als ZeitungsjournalistIn vertretbar über die Runden kommt. Damit ist zugleich ein Teufelskreis beschrieben.

„Das“ Internet bietet quantitativ und qualitativ viele Informationen – aber auch gezielte Desinformation und verzerrende Vereinfachung. Das voneinander zu unterscheiden wird immer schwieriger. Und damit auch die Beurteilung politischer Entscheidungen. Die Gefahr völlig selbstreferenzieller Diskurse und fragmentierter Öffentlichkeit ist auch angesichts von Radikalisierungen von Einzelnen und ganzen Gruppen im In- und Ausland nicht von der Hand zu weisen.

Gerade deshalb ist es dringend notwendig, dass qualitätsorientierte Medien Vorgänge und Entscheidungen transparent machen und differenziert abbilden. Allzu oft wird leider der einfache Weg der Zuspitzung gewählt. Das wird dann aber der Komplexität politischer Entscheidungen kaum gerecht.

Was tun? Wir brauchen eine gesellschaftliche Debatte zur Bedeutung von Meinungsfreiheit und Medienvielfalt für unsere Demokratie. Es geht um eine größere Anerkennung für guten Journalismus und unabhängige Berichterstattung. Nötig sind MedienmacherInnen, die kreative

Konzepte entwickeln und dabei ihre besondere gesellschaftliche Rolle annehmen. Und schließlich brauchen wir BürgerInnen, die anerkennen, dass guter Journalismus etwas kosten darf – und soll! Investitionen in Vielfalt und Qualität werden sich auszahlen.

Wir in der SPD-Bundestagsfraktion setzen uns daher für bessere Rahmenbedingungen für Kreative und JournalistInnen ein. Dazu gehört, dass in den Medien die gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Chancen der Digitalisierung nachhaltig genutzt und Kreative angemessen bezahlt werden. Die Freiheit der Medien, Vielfaltsicherung und die Förderung von guten Arbeits- und Ausbildungsbedingungen gehören für uns zusammen.



Verabschiedung von Verleger Helmut Heinen als Präsident des BDZV

„Demokratie braucht freie Presse!“ Nach diesem Motto agierte **Helmut Heinen**, Herausgeber der Kölnerischen Rundschau, 16 Jahre lang als Präsident des Zeitungsverlegerverbandes BDZV. Bei seiner Verabschiedung in Berlin überreichte Nachfolger **Mathias Döpfner** eine Festschrift mit Beiträgen von **Angela Merkel** bis **Martin Schulz**. Auch **Martin Dörmann** steuerte dafür einen Artikel bei, den wir oben dokumentieren.



Verabschiedung von Peer Steinbrück

Danke Peer! Beim abendlichen Ausklang des ersten Tages der SPD-Fraktionsklausur auf der Spree würdigte **Thomas Oppermann** die Verdienste von **Peer Steinbrück**, der zu Ende September sein Mandat niedergelegt hat. Er wird sich zukünftig der neuen Helmut-Schmidt-Stiftung widmen und reagierte mit einer launigen Rede. Anschließend gab er in kleiner Runde amüsante politische Anekdoten zum Besten. Ein echter Charakterkopf!



Einsatz für Phoenix

Bei seinem Besuch im Phoenix-Fernsehstudio in Bonn sprach **Martin Dörmann** mit Programmgeschäftsführer **Michael Hirz** über die Perspektiven des Ereignis- und Dokumentationskanals von ARD und ZDF: „Phoenix ein journalistisches Aushängeschild und sollte weiter gestärkt werden! Im vergangenen Jahr hatte ich mich erfolgreich für eine Aufstockung des Etats eingesetzt. Ich bleibe weiter am Ball.“



140 Jahre „Vorwärts“

Der „Vorwärts“ ist seit 140 Jahren die Stimme der Sozialdemokratie. Das Jubiläum wurde Anfang September auch beim traditionellen Vorwärts-Sommerfest in der Kulturbrauerei in Berlin gefeiert. Herzlichen Glückwunsch! Mit dabei waren SPD-Generalsekretärin **Katarina Barley** und zwei Kanu-Goldmedaillengewinner aus Rio: **Sebastian Brendel** und **Jan Vandrey**



Berlin Depesche abonnieren

Die Berlin Depesche erscheint etwa siebenmal im Jahr. Sie wird per **eMail** versendet und auf der **Homepage www.martin-doermann.de** eingestellt.

Wer in den **eMail-Verteiler** aufgenommen werden möchte, schickt einfach eine Nachricht an: martin.doermann@bundestag.de (SPD-Mitglieder bitte mit Angabe des Ortsvereins).

Druckexemplare sind in den drei Bürgerbüros von Martin Dörmann vorrätig. Die Adressen sind auf der letzten Seite aufgeführt.

Weitere Infos bei facebook: www.facebook.com/martin.doermann

Aufgabenschwerpunkte

- Seit 2002 direkt gewählter Bundestagsabgeordneter im Wahlkreis Köln I
- Arbeitsschwerpunkte: Kultur, Medien, digitale Infrastruktur

Funktionen und Mitgliedschaften im Bundestag (18. WP)

- Kultur- und medienpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion
- Mitglied im Ausschuss für Kultur und Medien
- Mitglied im Ausschuss für Verkehr und digitale Infrastruktur
- Stellv. Mitglied im Ausschuss Digitale Agenda
- Stellv. Mitglied im Ausschuss für Wirtschaft und Energie
- Mitglied im Vorstand der SPD-Bundestagsfraktion

Sonstige Funktionen

- Mitglied im Beirat bei der Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas, Telekommunikation, Post und Eisenbahnen (Regulierungsbehörde)
- Mitglied im Verwaltungsrat der Deutschen Welle
- Mitglied im Vorstand der SPD-Medienkommission

Die Büros in Berlin und Köln

Abgeordnetenbüro Berlin

Martin Dörmann, MdB
Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Besucheradresse:

Konrad-Adenauer-Straße 1,
Paul-Löbe-Haus, Raum 7.340
Tel.: 030 / 227 734 18
Fax: 030 / 227 763 48
martin.doermann@bundestag.de

Mitarbeiterteam

Stefan Stader (Büroleiter)
Dr. Matthias Dahlke
Manuela Seifert

Öffnungszeiten

Sitzungswochen
Mo.–Fr.: 8:30 bis 19 Uhr
Sitzungsfreie Wochen
Mo.-Do.: 9 bis 18 Uhr
Fr.: 9 bis 17 Uhr

Bürgerbüro Porz (Wahlkreisbüro – Gemeinschaftsbüro mit Jochen Ott, MdL)

Hauptstraße 327
51143 Köln (Porz)
Tel.: 02203 / 521 44
Fax: 02203 / 510 44
martin.doermann@wk.bundestag.de

Mitarbeiterteam von Martin Dörmann

Tim Cremer (Büroleiter)
Nadesha Dietz, Anton Gerber,
Thomas Schwanstecher (Webmaster)

Öffnungszeiten

Mo. bis Do.: 9 bis 17 Uhr
Fr.: 9 bis 13 Uhr

Bürgerbüro Kalk (Gemeinschaftsbüro mit Stephan Gatter, MdL)

Kalker Hauptstraße 212
51103 Köln (Kalk)
Tel.: 0221 / 870 43 02
Frank.heinz@landtag.nrw.de

Mitarbeiter von Stephan Gatter

Frank Heinz

Öffnungszeiten

Mo., Mi.: 9 bis 12 Uhr
Di., Do.: 14 bis 17 Uhr
Fr.: 12 bis 15 Uhr

Bürgerbüro der Kölner SPD-Bundestagsabgeordneten

Magnusstraße 18b
50672 Köln (Innenstadt)
Tel.: 0221 / 169 195 77
Fax: 0221 / 169 195 79
koelner-spd-mdb@netcologne.de

Mitarbeiter

Benedikt Dettling

Öffnungszeiten

Mo.–Do.: 9 bis 18 Uhr
Fr.: 9 bis 14 Uhr

Sitzungswochen des Deutschen Bundestages 2016

Sitzungswochen sind die 2., 4., 7., 8., 11., 15., 17., 19., 22., 23., 25., 27., 36., 38., 39., 42., 45., 47., 48., und 50. KW. Die Übersicht für 2016 ist abrufbar unter: www.bundestag.de/parlament/plenargeschehen/sitzungskalender/index.html

BERLIN DEPESCHE

Zeitung für den Bundestagswahlkreis Köln I (Porz, Kalk, nördliche Innenstadt)

HERAUSGEBER

Martin Dörmann, MdB,
Deutscher Bundestag,
Platz der Republik 1,
10111 Berlin

REDAKTION

Martin Dörmann (verantwortlich),
Dr. Matthias Dahlke, Nadesha Dietz,
Manuela Seifert, Stefan Stader

BILDNACHWEIS

Werner Schuering: S. 1, 3 r.m. 8;
Katarina Barley.-S. 1, 3. l.m., 7 o.;
Photothek/Thomas Köhler: S. 1, 4.
u.r., 6; Olaf Scholz: S. 1., 10 u., 11;
Martin Schulz: S. 1, 3 l.u., 4 o.;
Andrea Nahles: S. 1, 9;
Anngerrit Sievert: S. 1, 4. u.l., 12;
BMUB Thomas Imo: S. 1, 5 o.;
Dominik Butzmann: S. 1, 3 o.l., 13 o.;
Susie Knoll/Florian Jänicke: S. 1, 3
u.r., 3 l., 5 u., 7 u., 10 o., 18 o.l., o.r.;
Mathies Wienand/Gettyimages: s.
15 m.; Bernd Rustmeyer: S. 16 o.r.;
Axel König: S. 17 o.r., m.r.
WDR/Herbie Sachs: S. 18 o.m.;
Denkraum Medien/ Jeanette Corneille: S. 19 o.; Marco Urban: S. 19
u.l.; Reiner Zensen: S. 19 u.m.;
FES: S. 19 u.r.; HighRes: S. 20 u.l.;
SPD-Fraktion: S. 30 m.+u.;
Kunst-Station St.Peter: S. 32
o.r.; Köln-Bonn Airport: S. 32 u.m.;
Sonstige: Büro M. Dörmann

ERSCHEINUNGSWEISE

Die Berlin Depesche erscheint siebenmal im Jahr. Sie wird auf der Homepage eingestellt sowie per eMail an einen besonderen Verteiler versendet.


E-MAIL VERTEILER

Wer in den eMail-Verteiler aufgenommen werden möchte, sendet eine Nachricht an:
martin.doermann@bundestag.de

FRÜHERE AUSGABEN

Frühere Ausgaben sowie Themen-Sonderausgaben sind auf der Homepage eingestellt.

FACEBOOK

 [www.facebook.com/
martin.doermann](http://www.facebook.com/martin.doermann)

HOMEPAGE

www.martin-doermann.de